

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Herbst 2021
Nr. 213, 50. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Nach 20 Jahren „Antiterrorkrieg“: Der Westen gibt in Afghanistan auf



Es zeichnete sich bereits schon seit April dieses Jahres ab, die Eroberung ganz Afghanistans samt der Hauptstadt Kabul durch Taliban-Milizen. Mitte August war es dann soweit. Einzig der Flughafen in Kabul blieb bzw. wurde wieder von Elitetruppen der USA und anderer Länder der ehemaligen ISAF-Koalition im „Antiterrorkrieg“ besetzt. Sie sicherten und organisierten Luftbrücken, über die sie eigenes Dienst- und Botschaftspersonal, sog. afghanische Ortskräfte mit ihren Familien und weitere Afghan*innen sowie westliche Staatsangehörige zu Zehntausenden außer Landes evakuierten. Deutschland entsandte dazu bis zu 500 Fallschirmjäger-Soldaten der „Division Schnelle Kräfte“, drei A400M-Militärtransporter und einen Airbus der Luftwaffe. Wodurch am Ende laut Verteidigungsministerium 4.587 Menschen über ein Drehkreuz in Taschkent ausgeflogen und in Charter-Maschinen nach Deutsch-

land gebracht werden konnten, darunter 3.849 Afghanen und 403 Deutsche. Die Linkspartei verhielt sich als Fraktion zu dem nachträglich vom Bundestag beschlossenen „robusten“ Mandat überwiegend enthaltend, einige Abgeordnete stimmten mit Ja oder Nein. Die Enthaltung wandte sich wie Fraktionschef Bartsch beton-

te gegen Form und Inhalt der Mandatierung, nicht gegen die Hilfe für die Ausreise gefährdeter Menschen. Die versammelte Journaille von *Welt*, *FAZ* bis *Bild* warf ihr darauf hin verweigerter Hilfeleistung vor. Am 26. August stellte die Bundeswehr ihre Evakuie-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Der Westen gibt in Afghanistan auf	1
Afghanistan: eine erste Bilanz	11
Der Kern des Bahn-Streits	13
Wie der Kommunismus nach China kam – Teil VI und Abschluss	15
Nachruf auf Esther Bejarano	22
Rezension:	
Eva kam aus Afrika ...und Adam auch – Der Mythos vom „wissenschaftlichen Rassismus“	19

In eigener Sache

Mit einem Fiasko endete der Rachefeldzug der NATO gegen Afghanistan unter der Parole „war on terror“. Diese schwere Niederlage der USA und ihrer Satrapen bedeutet einen weltweiten Gesichtungsverlust.

Für die Afghanen, die als Zivilkräfte die Armeen unterstützt haben, heißt das: Verlässt du dich auf die Versprechen der NATO, bist du verlassen!

Bei den anderen Staaten wachsen die Zweifel an der Verlässlichkeit der Führungsmacht USA, wobei deren Dominanz aber ungebrochen ist. Die Europäer können beschließen, was sie wollen, die Entscheidungen fällt die USA.

Gleichzeitig wird die außenpolitische Umorientierung der USA immer deutlicher, wobei Trumps „America first“ seine Fortsetzung erfährt, wie auch der Aufmarsch gegen China. Wie wenig Verträge im Rahmen der strategischen Zusammenarbeit noch gelten, zeigt die brüskierende und überraschende Entscheidung Washingtons, zum Bau einer nuklear modernisierten U-Boot-Flotte den Auftrag nicht, wie vereinbart, an Frankreich zu vergeben, sondern sie in amerikanischen und englischen Werften herstellen zu lassen. Bei einem Gesamtvolumen von 56 Milliarden Euro wären acht Milliarden an Frankreich gegangen. Das führte in Paris zu heftigen Protesten und zu dem Ruf nach strategischen Konsequenzen. Der französische Außenminister sprach

von „Lügen“ und „Doppelzüngigkeit“. Der Europaminister fand es „undenkbar“, die Freihandelsverhandlungen der EU mit Australien fortzuführen. Das Ganze wirft auch ein Licht auf die schwache Position von Präsident Biden und auf dessen zunehmende innenpolitische Bedrängnis. Wenn er es auch vor der UNO abtritt, so widerspiegelt sich doch die Grundlage der westlichen Konfrontationspolitik in einer immer beängstigenderen Aufrüstungspolitik. Auf die gefährlichen Provokationen des Imperiums und seiner Komplizen im Südchinesischen Meer muss man nun noch mehr gefasst sein. Wir müssen damit rechnen, dass die Medien der „freien Welt“ die brandgefährliche Hetze gegen Rußland und China weiter am Kochen halten, nicht zuletzt auch in Deutschland, CDU-Röttgen voran.

Zum Streik der GDL und seinen Hintergründen drucken wir einen Artikel von Werner Rügemer nach. Inzwischen ist die Tarifausschließung ja beendet – mit einem relativen Erfolg für die GDL; die Unterstützung mancher DGB-Gewerkschaften wie z.B. von ver.di dürfte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben – ganz im Gegensatz zum Verhalten des DGB.

Mit der Beschreibung des „Langen Marsches“ bis zur Ausrufung der Volksrepublik schließen wir unsere China-Reihe vorläufig ab.



Esther Bejarano ist vor kurzem im Alter von 96 Jahren verstorben. Die bekennende Kommunistin blieb bis zum Schluß kämpferisch und kritisch. Die Trauerrede von Rolf Becker zu ihrem Begräbnis beschließt unsere Nummer.

Die Wahl zum Deutschen Bundestag fand nach Redaktionsschluß statt. Mit ihren Ergebnissen werden wir uns in den nächsten Ausgaben beschäftigen.

Die Jahreskonferenz der Gruppe findet am 23./24. Oktober in Nürnberg statt. Die geplante Tagesordnung und der Tagungsraum kann über die Redaktionsadresse erfragt werden.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

rungsflüge ein. Am gleichen Tag verübte die Terrorsplittergruppe ISIS-K an einem der Flughafen-Tore ein fast schon erwartetes Sprengstoffattentat, wodurch weit über 100 Zivilist*innen und 13 US-Soldaten getötet wurden und es viele Schwerverletzte gab. Am 30. August verließen die letzten US-Truppen um Mitternacht Kabul. Taliban und Afghanen feierten ihren „Sieg“ mit Feuerwerk und Gewehr-schüssen in die Luft. Taliban-Spezialeinheiten des Kommandos „Badri 313“ übernahmen den Flughafen.

Laut Medien-Agenturen hatte die offizielle afghanische Regierung mit den Taliban eine „friedliche Macht-übergabe“ verabredet. Diese sicherten zu, dass es keine gewaltsame Eroberung der Hauptstadt geben werde und offerierten umgehend eine Generalamnestie. Der als korrupt geltende Präsident und Karzai-Nachfolger, Aschraf Ghani, ergriff mit Anhang und offenbar Koffern voller Geld die Flucht in die Vereinten Arabischen Emirate, die ihn aufnahmen. Die zentrale Taliban-Führung, deren „Politisches Komitee“ in Doha/Qatar seinen Sitz hat, sucht verstärkt den Dialog mit einheimischen Politikern wie Ex-Präsident Karzai. Sie präsentiert sich betont moderat und verkündete, man werde Frauen nicht an Ausbildung und Berufsausübung hindern, wenn dies der Scharia („Islamisches Gesetz“) entspreche. Eine religions-ideologisch freilich willkürlich dehn- und auslegbare Zusicherung.

„Falsch eingeschätzte“ Lage?

Heftige Kritik vor allem aus den Reihen der Partei Die Linke bis hin zu Rücktrittsforderungen an die Regierung wurde laut, warum die deutsche Evakuierung erst so spät eingeleitet wurde. Der Linke-Abgeordnete Jan Korte sprach von einem schweren Versäumnis der Merkel-Regierung und Versagen des Auswärtigen Amtes. Früh schon hatte die Linke darauf hingewiesen, Deutsche und bedrohte Afghan*innen aus dem Land heraus-zuziehen, als dies ohne Einsatz der Bundeswehr möglich gewesen wäre, die jetzt wieder in Dankesreden all-seits als Retterin hingestellt wurde. Sowohl Kanzlerin Merkel als auch SPD-Außenminister Maas räumten indessen eine „falsche Lageeinschätzung“ ein, was bei so vielen kompe-

tenten militärischen Kennern und politischen Beratern des Think-Tanks „Stiftung für Wissenschaft und Politik“ (SWP) im engeren Umfeld nur verwundern kann. „Nichts ist gut in Afghanistan“ lautete schon vor Jahren der Einwand der Theologin und Repräsentantin der Evangelischen Kirche, Margot Käßmann, was ihr maßgebliche Politiker*innen negativ ankreideten. Frühzeitige Hinweise der deutschen Botschaft vor Ort, Vorkehrungen zu treffen, wurden anscheinend „überhört“ und über-gangen. Seit der „Flüchtlingskrise“ ab 2015 kam es zu einer deutlich rigideren, bürokratisch reglementierten Aufnahme-, besser gesagt Ab-weisungspraxis für Flüchtende und Asylsuchende aus Afghanistan. Man redete offiziell die Sicherheitslage im Land schön, um Menschen leichter abschieben zu können. Noch vor kurzem wollte man wieder vermehrt afghanische Flüchtlinge aus Deutsch-land ausfliegen und zurück nach Afghanistan bringen, doch stoppte man dies unter dem Eindruck der dramatischen Entwicklung. Ihnen droht jedoch weiter die Abschiebung. Gebets-mühlenartig wurde der Satz, „2015 darf sich nicht wiederholen“, vor allem von Unionspolitiker*innen jüngst heruntergeleiert. Der SPD-Außenminister Heiko Maas bereiste in den letzten August-Tagen eiligst angrenzende Länder wie Usbekistan, Tadschikistan und Pakistan und stellte ihnen Hunderte von Millionen-beträgen in Aussicht, wenn sie dafür Flüchtlinge aus Afghanistan aufnäh-men. Die Innenminister der EU-Län-der sind sichtlich bemüht, sich eine neue afghanische „Flüchtlingswelle“ vom Hals zu halten, wohingegen der Luxemburger Außen- und Migrati-onsminister Jean Asselborn die Mei-nung vertrat, man könne und müsse allein schon aus Werte- und Huma-nitätsgründen 40 bis 50.000 Geflüch-tete sofort aufnehmen. Die, die die Kriegsschäden nicht unwesentlich mit anrichteten, drücken sich jetzt da-vor, für die Folgen gerade zu stehen.

Rückschau: Königreich Afghanistan wird „westlich“

Um die Entwicklung in Afgha-nistan der letzten 20 Jahre zu verste-hen, muss man weit bis in die 1960er Jahre zurückgehen, als Afghanistan

noch eine Monarchie war. König Za-hir Schah war dabei, in einer Phase des Friedens das Land in Richtung Westen, Demokratie und moder-nen Lebensstil zu orientieren und öffnen. Besonders Frauen genossen große Freizügigkeit und nahmen ungehindert offen am gesellschaft-lichen Leben teil. Es gab in Kabul, dem „Paris Vorderasiens“ Restau-rants, Pop-Discotheken, Kinos, ver-rauchte Jazz-Kneipen, freie Presse, Modeschauen und sogar eine Wahl zur „Miss Afghanistan“ fand statt. Westlicher Lebens- und Konsumstil wurde kopiert. Zumindest in der Hauptstadt Kabul, dem geistigen und kulturellen Zentrum des Landes, war dies neben wenigen anderen großen Städten so. Doch 80 Prozent der Be-völkerung lebte auf dem Land ohne direkten Anschluss an städtisches Le-ben und zum Teil in wirtschaftlicher Not, großer Armut und Analphabe-tismus. Dort in den Provinzen hatten patriarchale Stammesfürsten das Sa-gen und herrschten neben spätfеu-dalen Verhältnissen strenge islamische Glaubenssitten. Frauen waren „Men-schen zweiter Klasse“ und Männern in jeder Hinsicht unterworfen. An der Kabuler Universität diskutierte man, erfasst vom Impuls der 68er-Proteste im Westen, über Emanzipation und las die Schriften von Karl Marx und anderen Sozialisten. Auf dem Land und in den Hinterstuben der Städte war für die, die lesen konnten, der Koran und die Scharia die Richt-schnur für eine grundlegend reli-giöse Orientierung in traditioneller Lebensweise. Dort brodelten religiös geschürter Unmut und wuchs mili-tanter Widerstandswille.

Diese, wenn man so will, tiefe kul-turelle Kluft, wurde seit den späten 1950er Jahren latent bestimmend im Land. Sie nahm im Lauf der Jahrzeh-n-te deutlich an Schärfe zu und dabei verschiedene Ausdrucksformen an, in denen sie sich jeweils auch politisch widerspiegelte.

Ideologisch-religiöser „Klassenkonflikt“

Ein „Klassenkonflikt“ im Land fand und findet mehr im Bereich des ideologisch-religiösen Überbaus mit ethnischer Dimension als aufgrund ausgeprägter wirtschaftlicher Kräf-te- und Klassenverhältnisse statt.

Ein für sich politisch handlungsfähiges „Proletariat“ gibt es bis heute in Afghanistan nicht. Die wirtschaftliche Basis hierfür ist mit nur wenig vorhandener Industrie und kaum genutzten Bodenschätzen viel zu schmal und kaum ausgeprägt. Es gibt Eisen- und Kupfererzbergbau in Minen und in den Großstädten Kabul und Herat Textil- und Lederindustrie. Wichtigste Ausfuhr Güter sind neben Erdgas (im Norden) Früchte, medizinische Pflanzen, Häute und Teppiche (Import zu Export 2013: 6,2 zu 0,4 Mrd. Dollar). Wertvolle Mineralien, insbesondere Edelmetalle sowie Lithium in einer Größenordnung der Vorkommen in Bolivien werden sicher vermutet, was Afghanistan neuerdings für den E-Mobil-Weltmarkt interessant macht. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 2013 20,7 Mrd. US-Dollar, der reale Zuwachs 3,6 Prozent (z. Vgl. BRD: 2.737,6 Mrd. Dollar). Daran war der Anteil der Landwirtschaft (6 % der Fläche) 24, der Industrie 21 und der Dienstleistungen 55 Prozent. Diese Zahlen sind nur als ungefähre Orientierung

37 Mio. Einwohner, davon 8,5 Mio. Beschäftigte mit einem Frauenanteil von 17,3 % (2017). Davon entfallen auf die Landwirtschaft 44,3, die Industrie 18,1 und Dienstleistungen 37,6 Prozent.

Überwiegend leben die Menschen von einigen städtischen Zentren abgesehen von bescheidener landwirtschaftlicher Selbstversorgung ergänzt durch Subsistenzerwerb aus eigener Viehzucht (Schafe, Ziegen, Rinder). Dazu kommen noch Klein- und Markthandel, Handwerk, Lasten- und Bustransport (es gibt kein Schienennetz). Es gibt wenige Großgrundbesitzer, weil es in dem kargen Wüsten- und Gebirgsland außer in fruchtbaren grünen Flusstälern nicht viele bebau- und nutzbare große Flächen gibt. Intensive Landwirtschaft findet vornehmlich in mehreren Bewässerungszonen nahe größerer Städte statt. Zu erwähnen sind Baumwoll-Anbaufelder im äußersten Nordwesten. Der offiziell illegale Anbau von Schlafmohn und Hanf für die Gewinnung von Rohopium und Haschisch macht nach wie

Anteil ihrer finanziellen Einnahmen. Hauptverkehrsader in dem Binnenland ohne Zugang zum Meer als Welthandelsanschluss ist ein ringförmig verlaufender Highway („Ring-Road“) von Osten in weitem Bogen über den Süden und Westen nach Norden, an dem alle wichtigen Städte wie Kabul, Ghazni, Kandahar, Herat, Mazar-e Sharif, Kunduz und Baghlan wie an einer Perlenschnur aufgereiht gelegen sind. Vom Straßennetz (2017: 35.000 km) ist nur etwa die Hälfte asphaltiert, der Rest sind mehr oder weniger befestigte Schotterpisten und teils gefährliche, schmale Gebirgs- und Passfahrwege. In den Jahren des Königreiches beherrschten etwa 40 Familien das Land und teilten sich den Kuchen auf.

Daoud-Putsch

1973 putschte sich Mohammed Daoud, Vetter und Schwager des Königs, der bereits früher als eher linksliberal orientierter Ministerpräsident fungierte, aber vom König entlassen wurde, mit Hilfe des Militärs zurück an die politische Macht und zwang den König in Abwesenheit zum Abdanken und ins Exil. Seit 1965 hatte Afghanistan sein erstes frei gewähltes Parlament. Es wurde vor allem zur Bühne für Auseinandersetzungen zwischen progressiven „Modernisierern“, Liberalen und Kommunisten auf der einen und Stammesvertretern und Islamisten auf der anderen Seite, was von da an für längere Zeit einen Grundkonflikt markierte. Daoud hob, inzwischen wesentlich konservativer als noch in den fünfziger Jahren, die Verfassung auf, löste das Parlament auf, proklamierte eine Republik und wurde Staatschef und zugleich Ministerpräsident. In gewisser Hinsicht setzte er die eingeleitete „Modernisierung“ und kulturelle Öffnung zunächst fort. Er initiierte eine Landreform und verstaatlichte die Banken, aber viele Reformvorhaben blieben auch in der Planung stecken. Daoud regierte zunehmend autokratisch mit harter Hand und führte ab 1977 eine neue Verfassung mit Einparteiensystem und ihm als Präsidenten ein. Es existierten Pläne für den Aufbau einer National-Revolutionären Partei, der sich verzögerte. Indem er die aus der Kolonialzeit geerbte Grenze von 1893 (die sogenannte Durand



zu betrachten. Die wichtigste Industrie dürfte das Bauwesen (Häuser, Straßen) sein und vermutlich werden bereits größere Handwerksbetriebe zur Industrie gerechnet. Wegen der ständigen Kriegshandlungen und menschlichen Verluste gab und gibt es keine zuverlässigen Angaben über Einwohnerzahl und Anteil der Beschäftigten daran. Folgende Angaben sind lediglich ungefähre Richtwerte:

vor den Löwenanteil der nicht der Subsistenz dienenden Landwirtschaft aus, worin Afghanistan jeweils weltführender Produzent und Exporteur ist. Das kommt gewinnbringend nur wenigen Drogenbaronen, Warlords und korrupten Regierungsbeamten zugute. Auch die Taliban verdienen kräftig an diesem Geschäft mit und bestreiten daraus neben Wegzöllen und Warensteuern einen erheblichen

Linie, auf beiden Seiten leben Paschtunen) in Frage stellte, ging Daoud auf Konfrontation mit Pakistan und er näherte sich dem Iran und Irak an. Kredite flossen daraufhin vom Iran und aus Saudi-Arabien. Daoud ging innenpolitisch sowohl gegen Kommunisten, die in der „Demokratischen Volkspartei Afghanistans“ (DVPA) organisiert waren, als auch Islamisten vor, es kam zu politischer Verfolgung und Repressionen gegen Kritiker und Oppositionelle. Im Jahr 1978 nahmen Teile der Armee die Verhaftung wichtiger kommunistischer Führer zum Anlass gemeinsam mit dem Khalk (=Volk) Flügel der DVPA unter Taraki mit einem Staatsstreich („Aprilrevolution“) gegen Daoud vorzugehen. Man ermordete ihn mitsamt seines königlichen Anhang.

Regime Taraki-Amin

Es war die Stunde des Mohammed Taraki, der Daouds Stelle als Ministerpräsident der Republik Afghanistan einnahm und Vorsitzender des Revolutionsrates wurde. Die Revolutionsregierung begann einschneidende gesellschaftliche Änderungen durchzusetzen, teilweise auch mit Gewalt. Obwohl er die Bündnisfreiheit seines Landes betonte, kooperierte er eng mit dem Nachbarn Sowjetunion. Ein 20-Jahres-Freundschaftspakt zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sowie weitere Kooperationsabkommen kamen zustande. Die islamistischen Gegenkräfte blieben indessen nicht untätig und organisierten ihren Widerstand gegen das antiislamische Taraki-Regime. Größere bewaffnete Stammeserhebungen formierten sich in den Bergen, zeitweilig kontrollierten die Aufständischen viele Regionen des Landes, da sich auch Teile der Armee der religiös motivierten Rebellion anschlossen. Innerhalb der DVPA gab es heftige Fraktionskämpfe, die auch blutig ausgefochten wurden. Zunehmend gewann in dieser Lage ein früherer Weggefährte an Tarakis Seite an Einfluss, Hafisollah Amin, der Taraki mehr und mehr verdrängte und schließlich als Ministerpräsidenten ablöste und ermorden ließ. Doch auch Amin vermochte trotz Terrormethoden des islamistisch geführten Aufstands und der sich weiter ausbreitenden Unruhen nicht Herr zu

werden. Es ist der Zeitpunkt 1979 für die sowjetische Militärintervention in Afghanistan. Die Invasoren setzten Amin ab, den sie hinrichteten und an seine Stelle den aus dem sowjetischen Exil zurückkehrenden Politiker Babrak Karmal für die nächsten Jahre als Vorsitzenden des Revolutionsrates. Unter Karmal mäßigte die Kabuler Regierung die revolutionären Umwälzungen und steuerte einen vorsichtigeren Kurs, in der Hoffnung eine breitere gesellschaftliche Abstützung zu erreichen. (Daten u. Faktendarstellung ab Abschnitt „1960er Jahre:...“ z. T. nach *Der Große Ploetz*, S. 1.626/27 und *Der Neue Fischer Weltatmanach* 2015).

Sowjetische Militärintervention

In der Sowjetunion lebten zu der Zeit 50 Millionen Muslime, viele davon in den tadschikischen und usbekischen Südrepubliken. Es galt aus Moskauers Sicht einem überspringenden Funken entgegenzuwirken. Das war vermutlich, neben der Hilfe für ein in Bedrängnis geratenes revolutionäres Regime, ein weiteres Motiv für den Einmarsch. Die UdSSR entsandte ein zu Land und in der Luft hochgerüstetes Expeditionsheer von über 100.000 Soldaten nach Afghanistan, die das Kabuler Regime Karmals stützten und sicherten. Afghanistan entwickelte sich damals wegen seiner geostrategischen Lage zu einem „Epizentrum“ im Ost-West-Konflikt. Beträchtliche Summen und Anstrengungen steckte die Sowjetunion zugleich in den Ausbau von Infrastruktur (Straßen, Krankenhäuser), den Kampf gegen Analphabetismus und in die Bildung für Frauen. Vor allem die von Pakistan, aber auch aus dem arabisch-islamischen Ausland finanzierten und mit Waffen ausgerüsteten Mudjahedin (dschihadistische „Glaubenskämpfer“) begannen gegen die sowjetischen Truppen, die sich im Land als Besatzer einrichteten, einen über die Provinzen hinweg angelegten bewaffneten Guerilla-Aufstand. Ihre verschiedenen, teils verfeindeten Fraktionen vereinten sich zu dem Zweck, den Preis dieser Besatzung durch nadelstichartige Überfälle, Hinterhalte, Bombenanschläge und empfindliche Verluste an Soldaten und Material so hoch wie möglich zu

schrauben. Ab etwa Mitte der 1980er Jahre steuerte die sowjetische Militärpräsenz immer mehr auf eine Sackgasse zu. Die „Russenarmee“ war bei der Bevölkerung weithin verhasst, die Verluste nahmen weiter stark zu und betrugen am Ende über 15.000 gefallene Soldaten. Große Flüchtlingsströme Hunderttausender Menschen bewegten sich auf der Flucht vor den Invasoren und heftigen Kämpfen Richtung Iran und Pakistan in dort grenznahe Lager rund um die westpakistanische, vor 1800 noch afghanische Stadt Peschawar. Die angeschlagenen, kampfes müden und gegenüber den sehr mobilen, ortskundigen Aufständischen schwerfälligen Sowjettruppen konnten sich trotz großer Waffenüberlegenheit und „Manpower“ immer weniger noch im Land halten. Die Rebellen kämpften hingegen fanatisch für eine religiöse Idee und stammespatriotische Überzeugung.

Hekmatyar und Massoud

Als wichtigste Führer der Rebellen-Truppen galten die Kommandanten Gulbuddin Hekmatyar, ein extremer, von Pakistan gestützter Paschtune und islamistischer Dschihadist, und der Tadschike und Sunnit Ahmad Schah Massoud aus dem nordöstlichen Pandschir-Tal. Anders als der fundamentalistische Hekmatyar war Massoud ein gebildeter, auch Französisch sprechender Anführer und ein eher moderat-gemäßigter Islamvertreter, der auch für die Rechte von Frauen eintrat und sich für eine „Loja Dschirga“ (Große Ratsversammlung) im ganzen Land einsetzte. Westliche Journalisten stilisierten ihn manchmal zu einem afghanischen „Che Guevara“. Teile der Bevölkerung brachten ihm großen Respekt und Achtung entgegen. Eine Aura von religiösem Charisma und Hoffnung umgab den „Löwen von Pandschir“ und Kommandanten der sog. Nordallianz (Vereinte Front), der verschiedene Gruppierungen unter einem halben Dutzend Kommandeuren angehörten. Es heißt, 60 Prozent der Verluste der Sowjetarmee gingen auf das Konto von Massouds Nordallianz. Hekmatyar und Massoud, wurden gleichwohl Kriegsverbrechen angelastet. Das hielt aber die USA unter Präsident Reagan nicht davon ab, die

kampfstarke Nordallianz in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre über den Geheimdienst CIA massiv mit Waffen und Material aufzurüsten, logistisch zu beraten und verdeckt mit kämpfenden US-Marines zu unterstützen. Von den USA gelieferte, einfach zu bedienende Boden-Luft-Raketen der Marke Stinger erwiesen sich für die Aufständischen als sehr effektiv, tief-fliegende sowjetische Kampffjets und Kampfhubschrauber vom Himmel zu holen. Fünf bis sechs Milliarden Dollar pumpten nach Angaben des damaligen CIA-Führungsoffiziers Milton Bearden die USA in die Aus-

einigen Erfolg letztlich aber vergeblich. Nachdem die Sowjetunion 1991 auch ihre materielle Unterstützung auslaufen ließ, brach die Najibullah-Regierung 1992 endgültig zusammen und Kabul wurde von den Mudjahedin erobert. Die bis aufs Blut zerstrittenen Mudjahedin-Fraktionen hatten weder eine einigende Staatsidee noch ein abgestimmtes Politikkonzept. Das Land stürzte in einen militärisch ausgetragenen blutigen Machtkampf um die Vorherrschaft. Erneut flüchteten viele Menschen ins nahe Ausland, ihre Zahl ging inzwischen schon weit in die Millionen. Im folgenden



1989, Abzug der sowjetischen Truppen

rüstung der Mudjahedin-Nordallianz (lt. Aussage in: „Afghanistan – Das verwundete Land“).

Sowjetische Niederlage, Fraktionen-Krieg, Auftreten der „Taliban“

1988/89 leitete der KPdSU-Generalsekretär und Perestroika-Reformer Michael Gorbatschow das Ende des verlustreichen und kostspieligen Afghanistan-Kriegs der Sowjetunion ein und verfügte wie im Genfer Abkommen (von 1988, formal zwischen Afghanistan und Pakistan) vereinbart den Rückzug. Das Moskaugestützte Regime in Kabul von Präsident Najibullah (der 1987 Babrak Karmal ablöste) konnte sich gegen den Ansturm der Rebellen allein nicht mehr lange halten. Najibullah setzte zwar den Kurs der Mäßigung fort, nahm einige der verkündeten revolutionären Veränderungen wieder zurück, betonte den Islam als Fundament der Gesellschaft und bemühte sich um Vermittlung und Versöhnung mit Teilen der oppositionellen Kräften, zuerst mit

Bürgerkrieg war Massoud Verteidigungsminister der provisorischen Mudjahedin-Regierung, die Hekmatyar nicht anerkannte. Massoud ging im tödlichen „Bruderkampf“ um Kabul gegen seinen Rivalen Hekmatyar vor, der sich im Süden des Stadtgebiets verschanzt hatte und beendete dessen verheerende Raketen- und Granat-Beschießung der Stadt, die teilweise bereits in Schutt und Asche lag.

Die blutigen Fraktionskämpfe der Mudjahedin bildeten auch den Hintergrund für den Aufstieg der „Taliban“. Ab 1994 traten diese in der Süd-Provinz Helmand um die Stadt Kandahar als eigenständig operierende Kriegspartei auf. Sie wurden im Wesentlichen von Pakistan mit Waffen ausgestattet und von saudischen Geldgebern finanziert und entfachten ihren eigenen Kampf für die Errichtung eines „Islamischen Emirats Afghanistan“. Bei den Taliban hatten sich in Koran-Schulen (Haqqania-Seminar) im benachbarten Pakistan vor allem viele tausend Waisen und Vertriebene des Krieges mit der So-

wjetunion gesammelt und wurden religiös-doktrinär einer Art Gehirnwäsche und Hass-Schulung unterzogen. Mit ihrer streng antiwestlich-antikommunistischen Orientierung gewannen sie schnell an Zulauf und hatten einen um den anderen militärischen Erfolg gegen eine uneinige, gespaltene Mudjahedin-Front zu verbuchen. Sie standen in dem herrschenden Chaos für Sicherheit, streng religiöses Gesetz und Ordnung, wie sie es drakonisch nach dem Koran auslegten und sicherten sich damit vor allem den Zuspruch und die Unterstützung der Stammesführer in den Provinzen und vieler erzreaktionärer, einflussreicher afghanischer Würdenträger. Bis 1996 errangen sie die Oberhand, eroberten Kabul und begannen damit, ihre autokratische religiöse Herrschaft zu errichten. Zugleich richteten sie den bis 1992 letzten afghanischen Präsidenten und Vorsitzenden der Demokratischen Volkspartei, Mohammed Najibullah, öffentlich hin, der sich davor für vier Jahre in die UN-Vertretung geflüchtet hatte. Die Taliban verboten Musik, Tanzen, Fernsehen, Filme, Korruption, Alkohol, Unterhaltung, Sport, Mädchenschulen, Frauen an Universitäten, Frauen allein auf Reisen u.v.m. Die heute im Asyl in Spanien lebende afghanische Menschenrechtsaktivistin Nadia Ghulum, deren Familie im Bürgerkrieg arg gelitten hat und verfolgt wurde, sieht einen wesentlichen psychologischen Grund für die fanatische Grausamkeit vieler Taliban gegenüber Frauen darin, dass sie entwurzelte Kriegswaisen sind. Oft mussten sie als Kinder erleben und mitansehen, wie ihre Eltern grausam umgebracht wurden. Sie kannten häufig keine stabilen Familienverhältnisse und ihre Biografien wiesen nicht selten gestörte Mutterbeziehungen auf, wofür sie nun unbewusst Rache üben würden (laut TV-Dokumentation „Afghanistan. Unser verwundetes Land“, ein Zusammenschnitt aus vier Einzelfolgen).

Der 11. September 2001

Am 9. September 2001 fiel Massoud, dessen im Norden verschanzte Milizen mit starker US-Unterstützung nun gegen die Taliban kämpften, einem Mordanschlag durch zwei

Al-Qaida-Verschwörer zum Opfer, die sich unter dem Vorwand, Journalisten zu sein Zugang in sein Hauptquartier verschafft hatten. Ein weiterer Akteur trat in Erscheinung: der reiche saudische Bauunternehmer Osama Bin Laden. Er war schon in den 1980er Jahren als Entwicklungshelfer in Afghanistan aktiv und genoss als Geldgeber einiges Ansehen. Daher protegierten ihn die Taliban zunächst und nahmen ihn als Flüchtling auf, nachdem er aus dem Sudan ausgewiesen worden war, später ließen sie ihn auf Druck der USA fallen. Im Schatten der Fraktions-Konflikte konnte Bin Laden in den südöstlichen Gebirgen Afghanistans im Grenzgebiet zu Pakistan ungestört seine eigenen, international agierenden Al-Qaida-Terrorkommandos aus Freiwilligen arabisch-islamischer Länder rekrutieren, finanzieren und ausbilden. Von denen dann einige Auslands-Zellen, zu denen kein einziger Afghane gehörte, am 11. September 2001 die Luftangriffe mit gekaperten Passagierflugzeugen auf das World-Trade-Zentrum in New York und das US-Pentagon in Washington verübten mit mehr als 3.000 Toten. Mit dem Tod Massouds, der so nah am 11. September wohl kein Zufall war und den Kamikaze-Abstürzen änderte sich die strategische Ausgangslage für die US-Regierung. Präsident George W. Bush rief daraufhin den NATO-Bündnisfall aus und konnte mit „uneingeschränkter Solidarität“ (SPD-Kanzler Schröder) westlicher Verbündeter in einem „Antiterrorkrieg“ rechnen. Dieser würde laut Präsident Bush als „Kreuzzug der freien Welt“ lange dauern und dauert in einigen Nah-/Mittelost-Regionen noch immer an. Bush jr. machte der Welt ultimativ klar, eine Entscheidung zu treffen: entweder sei man an der Seite und mit den USA oder den Terroristen. 51 Länder traten darauf der West-Koalition bei.

Schröder-Fischer-Regierung beteiligt sich an US-Kriegskoalition

Bundeskanzler Schröders blinder atlantischer Treueversicherung entsprach die propagandistische Bekenntnis-Formel „Deutschlands Sicherheit“ werde „auch am Hindukusch verteidigt“ des SPD-Verteidigungsministers Peter Struck. Eine

ebenso absurde wie unhaltbare ideologische Verbrämung mit grüner Rückendeckung für eine „Parlaments-Armee“ an den eigenen Grenzen, deren rechtlich umstrittenen Auslands-Einsätzen man deshalb seither imperialistischen Charakter attestieren muss. Mehr als zwei Drittel aller Deutschen war politisch gegen den Afghanistan-Einsatz. Deutschland wurde ungeachtet dessen zur aktiven Kriegspartei und übernahm im Rahmen von ISAF (International Security Assistance Force) bald als Statthalter arbeitsteilig die militärische Kontrolle des Nordens und Nordostens Afghanistans mit befestigten Feldlager-Stützpunkten in Faizabad, Kunduz und Mazar-e Sharif. Man entsandte neben Pionier- und Unterstützungseinheiten vor allem Kontingente der neuen Krisen-Spezialkräfte (KSK), wo sie sich erstmals auch im Auslands-Kampfeinsatz praktisch bewähren sollten und ihre „Feuertaufe“ erfolgreich bestanden. Sie waren aus verbündeter NATO-Sicht von da an „Willkommen im Club“. Freilich am Ende zum Preis von 59 getöteten Soldaten bei Kämpfen und Bombenanschlägen, weit mehr Schwerverletzten und Kriegsversehrten und vermutlich weit über 1.200 Soldaten mit teils schweren traumatisierten Erfahrungen sog. psychischer „Posttraumatischer Belastungs-Störungen (PTBS)“.

160.000 deutsche Soldaten

Insgesamt sind nach Aussagen von hohen Bundeswehr-Offizieren etwa 160.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten im Lauf der Jahre durch den Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch geschleust worden. Etwa zwei Drittel der gesamten deutschen Armee wurde auf diese Weise „kriegssozialisiert“ und zum Teil auch kriegstraumatisiert. Der Afghanistan-Kampfeinsatz war zugleich Manöver

unter realen Kriegs- und Besatzungsbedingungen. Zu Hochzeiten zwischen 2008 und 2014 der heftigsten Kämpfe mit den meisten Kriegstoten befanden sich ständig etwa 3.300 bis 3.500 Bundeswehr-Soldat*innen an der Kriegsfront im fernen Land am Hindukusch. Die für Leib und Leben hoch riskanten freiwilligen Einsätze waren dennoch in der Truppe beliebt. Es gab anfangs 90 Euro Sonderzuschlag pro Tag zusätzlich zum Sold bei „freier Kost und Logis“, mit dem man mit der Zeit zuhause ein kleines Vermögen ansparen konnte. Dazu kamen AWACS-Luftaufklärungs-Einheiten sowie an Material schweres Transport- und Pioniergerät, Panzerhaubitze 2000, Schützenpanzer, neue robuste Geländejeeps, gepanzerte MG-bewaffnete Mannschaftswagen „Dingo“, neue robuste Gelände-Jeeps, Transporthubschrauber, Transportflieger und neue Mehrzweck-Kampfhubschrauber des Typs „Tiger“. Wenn man so will bis auf Marine und Luftwaffen-Kampffjets fast das ganze „schwere Besteck“. Alles wurde auf Kriegstauglichkeit unter harter Klimabelastung und scharfem Beschuss getestet.

Kunduz-Massaker

Als Fehlschlag bekannt und heftig kritisiert wurde das sog. Massaker von Kunduz vom September 2009. Bei dem zwei Tankzüge der Bundeswehr, in deren Besitz sich lokale Taliban-Rebellen gebracht hatten, auf Befehl des Bundeswehr-Obersts Klein (ein US-Befehlshaber riet davon ab) von US-Kampffjets bombardiert und zerstört wurden. Just als sich viele Zivilpersonen und auch Kinder aus der näheren Umgebung „bewaffnet“ mit Kanistern aus den Tanks der beiden Trucks, die in einem Flussbett stecken geblieben waren, mit Benzin versorgen wollten. Ein Flammen-Inferno.



Einer der beiden bombardierten Tankwagen

Mehr als 100 Menschen (genaue Zahl unbekannt), die meisten Zivilisten, starben dabei. Im April 2010 sprach der damalige CSU-Verteidigungsminister und Wehrpflicht-Abschaffer, Theodor von und zu Guttenberg, erstmals „umgangssprachlich“ von der Bundeswehr im Krieg in Afghanistan und musste außer wegen der Plagiatsaffäre wohl auch deshalb den Hut nehmen.



Die militärische Situation nach 2001

NATO und ISAF konnten ab Ende 2001 die etablierten Taliban von der Zentralmacht im Land vertreiben und sie vor allem aus den Städtazonen zurückdrängen, die sich dann jedoch rasch in den südöstlichen Bergen, im südlichen Landesteil (Provinz Helmand) und von Pakistan aus neu formierten und wieder kriegsaktiv wurden. Von 2002 bis 2007 kam es zu teils schweren verlustreichen Gefechten in den genannten afghanischen Regionen zwischen amerikanischen, britischen und kanadischen ISAF-Einheiten und auch regulären afghanischen Streitkräften und den Taliban. Es existierten vier ISAF-Kontrollzonen: Ost (zuständig USA), Süd (Frankreich), West (Italien) und Nord (Deutschland).

Insgesamt soll die US-Truppenpräsenz in den 20 Jahren bis zu 800.000 Soldat*innen betragen haben. Die Anzahl der Koalitions-Truppen belief sich auf dem Höhepunkt der Kämpfe auf 200.000 Mann/Frau, davon stellten die USA 130.000 Soldat*innen. Insgesamt waren es bis 2014 etwa 13.500 ständig operierende ausländische Soldaten im Verbund

mit einer nominell 300.000 (realistisch anzunehmen sind etwa 50.000) Mann starken afghanischen Armee, die sich trotz Unterstützung am Ende allein gegen die Taliban mit geschätzt 80 bis 100.000 Kämpfern nicht behaupten konnte. So war es auch ein erklärtes vorrangiges Kriegsziel, die afghanischen Streit- und Polizeikräfte zu stärken, personell aufzustocken und auszubilden.

Italien zog sich ähnlich wie Frankreich und die Niederlande bereits ab 2010/11 aus der kämpfenden West-Koalition zurück. 2014 wurde der ISAF-Einsatz „Operation Enduring Freedom“ beendet und zogen die meisten Auslands-Koalitionäre ab. Deutschland reduzierte seine militärisch-polizeiliche Präsenz auf etwa noch 1.100 Mann (und Frau), die USA beließen noch ungefähr 6 bis 9.000 Soldaten im Land. Beide Parteien betrieben mehr Eigensicherung als sich noch am Boden aktiv an Kampfhandlungen der afghanischen Armee zu beteiligen. Bundeswehr und Bundespolizei verlegten sich im Rahmen von „Resolute Support“ auf militär-polizeiliche Ausbilden und Instruieren. Die Kämpfe gegen die Taliban, jetzt vor allem getragen von der afghanischen Armee, gingen weiter.

Krieg um westliche Werte?

Der Antiterrorkrieg in Afghanistan wurde groteskerweise offiziell ideologisch auch als Krieg um westliche Werte wie Freiheit und Demokratie geführt. Auch wenn diese Propaganda von Anfang an nicht sehr glaubwürdig war, müssen die beteiligten Regierungen jetzt vor der

Öffentlichkeit in dieser Hinsicht ihr völliges Scheitern eingestehen. Die Ereignisse in Afghanistan zeigen die praktische Unmöglichkeit solche Werte von Außen aufzuoktrozieren, in einer zutiefst islamisch-patriarchalen Clan- und Sippen-Gesellschaft, in der traditionell die Uhren anders gestellt sind (ein Taliban-Spruch besagt: Ihr habt die Uhr, wir die Zeit). In der jeder Mann zuhause sein Gewehr oder heute eine Kalaschnikow-MP stehen hat. Nicht wenige Dörfer haben eigene Büchsenmacher-Läden. Das ganze Land ist an seinen Grenzen Waffen- und Drogen-schmuggel-Region. Seit jeher waren die Afghanen ein kriegerisches Volk, was früher die zeitweiligen britischen Besatzer davon abhielt, das Land wie Indien zu kolonialisieren. Das herrschaftlich dezentralisierte Land bot sich später geradezu dafür an, von islamistischen Befreiungskriegern usurpiert zu werden.

2003 wurde eine Verfassungsgebende Versammlung abgehalten und der zuvor 2001 per Interim als solcher eingesetzte Sohn eines paschtunischen Stammesführers, Hamid Karzai, zum neuen Präsidenten gewählt. 2009 wurde Hamid Karzai wiedergewählt. 2014 und 2019 wurde dann Ashraf Ghani zum Präsidenten gewählt. Bei beiden Wahlen hat der unterlegene Gegenkandidat, Abdullah Abdullah, über massive Wahlmanipulationen geklagt. In beiden Fällen kam eine, zumindest oberflächliche, Einigung erst nach intensiven „Vermittlungen“ der USA zustande. Beim ersten mal wurde Abdullah zu einer Art Ministerpräsident ernannt, ein in der Verfassung nicht vorgesehenes Amt. Nach der zweiten Wahl wurde er der Vorsitzende des „Hohen Rats für nationale Versöhnung“, der die Verhandlungen mit den Taliban führen sollte. Beiden Präsidenten und ihren Regierungen wird eine heftige Verstrickung in korrupte Machenschaften nachgesagt.

Korruption weit verbreitet

Die traditionelle afghanische Männergesellschaft hat kein gesteigertes Interesse an parlamentarisch-demokratischen Prozessen, an Gleichberechtigung von Mann und Frau oder Zugang zu Bildung über die einfache Fähigkeit, lesen und

schreiben zu können, hinaus. Wobei inzwischen vor allem Frauen in akademischen Berufen und Funktionen wie Ärztinnen, Anwältinnen, Lehrerinnen, Journalistinnen, Politikerinnen eine Vorhut bilden, die sich zum Teil am Westen orientiert, was sie zu vorrangigen Zielobjekten der Taliban-Unterdrückung machte und macht. Verschiedene Geberkonferenzen westlicher Industrieländer sollten mit Hunderten Millionen bis Milliarden Dollar im Rahmen von „nation building“ dem Land helfen, mehr eigene Infrastruktur aufzubauen, einen industriellen Sektor zu schaffen, Löhne anzuheben und das Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen zu fördern. Die unentwegten Kämpfe und Kriegshandlungen erschwerten diese Bestrebungen jedoch erheblich. Das meiste der internationalen Entwicklungshilfe kam kaum oder gar nicht zur Wirkung, dürfte dafür in dunklen bürokratischen und Korruptionskanälen der privaten Bereicherung versickert sein. Der Aufbau einer afghanischen Polizei (Monatsgehalt: 160 Euro), ein Hauptbetätigungsfeld zuletzt vor allem deutscher ziviler Unterstützer und Berater, scheint völlig fehlgeschlagen. Afghanische Polizeivorgesetzte behielten auszählende Gehälter einfach ein und steckten sie in die eigene Tasche. Die afghanischen Streitkräfte waren trotz hoher eigener Verluste als aufgeblasene Chimäre nicht in der Lage, eine eigenständige militärische Kraft darzustellen. Ihre Loyalität galt oft mehr lokalen Warlords als der Regierung. Viele Mannschaften desertierten oder quitierten den Dienst. Sie überließen ohne entschlossene Führung und mangels Orientierung immer mehr den vorrückenden Taliban kampflos das Feld und sogar schweres militärisches Gerät vom Westen. Viele Afghan*innen fürchten, unter den Taliban könnte das Land erneut „in die Steinzeit“ zurückfallen. erinnert sei nur an die verheerende Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamiyan durch Taliban-Sprengkommandos, an deren Rekonstruktion man bereits wieder arbeitete. Auch das ist jetzt alles obsolet.

Kosten des Antiterrorkrieges

Allein der deutsche Militäreinsatz soll offiziell 12,5 Milliarden Euro ge-

kostet haben. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsfragen (DIW) könnte der Betrag jedoch locker um bis das Doppelte höher liegen, je nachdem, was man an Kosten für Personal, Infrastruktur, Material usw. einrechnet. Steuergeld, das buchstäblich in den Sand gesetzt wurde. Dafür verantwortlich zu machen sind die verschiedenen Bundesregierungen seit 2001, Rot-Grün, Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb und wieder Schwarz-Rot. Wann immer es darum ging, das Bundeswehr-Mandat für Afghanistan im Bundestag routinemäßig zu verlängern, waren sich alle diese demokratischen Parteien einig mit Ausnahme der PDS/Die Linke, die grundsätzlich dagegen stimmte. Am 31. August 2021 nannten deutsche Nachrichtenportale die Zahl von 2,3 Billionen US-Dollar als Kosten des US-Afghanistan-Einsatzes. Die USA haben, nachdem sie Osama Bin Laden (Kopfgeld: 5 Millionen Dollar) 2011 in seiner pakistanischen Rückzugsfestung in Abbotabad liquidieren konnten, mehr und mehr das Interesse an dem Wüstenland ohne großen „materiellen Wert“ verloren. Ex-Präsident Barack Obama leitete ab da den schrittweisen Truppenrückzug ein. Hinzu kommt, dass die geostrategische Bedeutung Afghanistans merklich nachgelassen hat, seit für die USA der indo-pazifische Raum für die wirtschaftliche (und bald vielleicht militärische) Auseinandersetzung mit China wesentlich wichtiger geworden ist und man Indien inzwischen sicher als Verbündeten an der Seite des Westens gegen China und Russland gewonnen hat. Doch die beiden eurasischen Großmächte werben schon um die Gunst einer neuen Taliban-Regierung. China als enger Verbündeter Pakistans will überdies Afghanistan, mit dem es eine 65 km lange Grenze hat, in seine Handelsstrategie einer „Neuen Seidenstraße“ integrieren. Hier zeichnen sich womöglich neue militärisch-wirtschaftliche Allianzen ab.

Kriegsopfer

Erschreckend ist die Bilanz der Opfer der letzten 20 Kriegsjahre, die

man mit mindestens 43.000 Zivil-Toten angeben muss. Schon während des Kampfes gegen die Sowjet-Invasion und dann in der Bürgerkriegsphase muss von mindestens 1 Million Toten, Soldaten, Kämpfer und Zivilisten auf allen Seiten, darunter viele Frauen und Kinder, ausgegangen werden. Das Land ist weithin gefährlich vermint. Etwa fünf Millionen Binnen- und Auslandsflüchtlinge



2021, Abzug der US Truppen

sind seit den 1980er Jahren zu verzeichnen. Die NATO-/ISAF-Koalition hat etwa 3.500 (davon die USA 2.461), die afghanischen Streitkräfte haben ungefähr 64.000 und die Taliban 68.000 bis 72.000 gefallene Soldaten und Kämpfer zu beklagen (Angaben teils nach wikipedia). Doch sind alle diese Zahlen nur ungesicherte Angaben und mit Vorsicht zu behandeln.

Was bringt eine neue Taliban-Herrschaft?

Afghanistans Menschen leiden enorm unter den Folgen eines über 40-jährigen Krieges. Ungefähr 80 Prozent von ihnen zeigten Symptome von Kriegsschmerz und Depressionen, stellt die Ärztin Nilofar Ibrahim fest (laut TV-Dokumentation „Afghanistan. Unser verwundetes Land“). Die erheblichen Menschen- und Infrastrukturverluste, Zerstörung von Städten und Dörfern, Tausende durch Minen und Bombenattentate Verstümmelte sowie Hunderttausende Waisen stellen eine schwere gesellschaftliche und demographische Belastung dar. Das Land bräuchte dringend einen dauerhaften Frieden, um zur Ruhe zu kommen und sich zu regenerieren. So aber rangiert es weit abgeschlagen

unter den ärmsten der Erde. Ist solches unter neuer Taliban-Herrschaft zu erwarten? Eine Einschätzung von Simar Samar, Frauenrechtlerin und unter Ex-Präsident Karzai die erste afghanische Ministerin für Frauenangelegenheiten, geht dahin, dass es mit den heutigen Taliban keine Rückkehr in die ganz finstere Zeit der 1990er Jahre geben wird, aber um welchen Preis vermag auch sie nicht anzugeben (laut „Afghanistan. Unser verwundetes Land“). Der Entwicklungshelfer Reinhard Erös von der Kinderhilfe Afghanistan will im Land seine langjährige Aufbauarbeit auch unter den Taliban fortsetzen. 30 Schulen konnten errichtet, eingerichtet und 70.000 Schüler*innen unterrichtet werden. Das alles, betont er, sei auch in Gesprächen mit Dorfältesten und Taliban-Vertretern erreicht worden und soll jetzt nicht einfach aufgegeben werden. Aber dazu bedürfe es auch der Sprach- und Kulturkompetenz und des Vertrauens, Fähigkeiten, die viele „West-Helfer“ bisher kaum oder gar nicht mitgebracht hätten (zit. nach Phoenix-Runde vom 25.8.2021). Teile der vor allem städtischen Bevölkerung, darunter viele Frauen, setzten große Hoffnung auf die westliche „Befreiungspropaganda“. Nicht wenige fürchten nun unter einem erneuten Taliban-Regime um ihre Unversehrtheit, dass ihnen wieder demütigende Unterjochung, die Schmach der Ganzkörperverhüllung (Burka) und allgemeine Verfolgung droht. Das sog. Friedensabkommen – man muss wohl eher von einem schlechten „Deal“ sprechen – zwischen Ex-US-Präsident Trump und den Taliban (ohne afghanische Regierungsbeteiligung) von 2020, beinhaltete vor allem Vereinbarungen über einen schrittweisen Abzug der US-Truppen und die wohl eher opportune Zusage der Taliban, dem Terrorismus abzuschwören und sich an Friedensgesprächen mit der Regierung zu beteiligen. Diese treten jedoch seit ihrem Beginn im Jahr 2018 auf der Stelle. Präsident Ghani (seit 2015) bot den Taliban die Anerkennung als politische Partei an.

Der Westen hat schon länger das Interesse an dem zerstörten und ausgebluteten Land verloren und was noch schlimmer wiegt und die Kriegs-Politiker hierzulande beschämen muss, sich aus der Verantwortung für den angerichteten Schaden gestohlen. Die sog. westlichen Werte erwiesen sich für das

afghanische Volk kaum als tragfähige Substanz. Viel Kredit wurde dadurch für lange Zeit verspielt. Es mag sogar so sein, dass Taliban und Bevölkerung sich absehbar irgendwann miteinander arrangieren. Die „Gotteskrieger“ werden, um es sich mit dem Gros der Bevölkerung nicht völlig zu verscherzen, ihr drakonisches religiöses Regime lockern und schon aus Gründen der ökonomischen, sanitären und Lebensmittel-Versorgung zu Zugeständnissen und mehr Freiheiten bereit sein müssen. Darum dürften auch ihre Führer besorgt wissen. Denn dies nicht zu berücksichtigen, könnte sogar längerfristig zum Anfang vom Ende ihrer zweiten Herrschaft führen. Historische Prozesse, das ist eine Binsenweisheit, erzeugen immer auch Gegenkräfte. Die Verständigung darüber ist jetzt vor allem eine Sache der Afghaninnen und Afghanen selbst. Die studierte Archäologin, Lehrerin und Politikerin Shukria Barakzai drückt es im Film „Afghanistan. Unser verwundetes Land“ so aus: „Ich habe einen Traum, ich möchte mein Land zurück, ... ist das zu viel?“

EK/HB, 2. September 2021.

Quellen + Literatur

- „Ghosts of Afghanistan – Die Macht der Taliban“ (TV-Reportage), „Afghanistan – das verwundete Land“ (4 Folgen: Das Königreich – Die Sowjetarmee – Mudjahedin und Taliban – Die NATO-Truppen). TV-Dokumentation. Regie: Mayte Carrasco und Marcel Mettelsiefen. D 2019 - **Hans Ulrich Rudolf und Vadim Oswalt** (Hg.): Atlas Weltgeschichte. Stuttgart 2009 - **Der Große Ploetz**, Die Daten-Enzyklopädie der Weltgeschichte. Daten – Fakten – Zusammenhänge. Freiburg i. Br. 1998 (32. neubearb. Aufl.) - **Der Neue Fischer Weltatlas** 2015, Schwerpunkt Minderheiten. Zahlen – Daten – Fakten. Frankfurt/M. 2014 - **Diercke Weltatlas** (m. polit., physischen und wirtschaftlichen Karten). Braunschweig 2008 - **Immanuel Geiss**: Geschichte griffbereit in 6 Bänden. Gütersloh/München 2002 - **Bernhard Chiari** (Hg.): Afghanistan (Wegweiser zur Geschichte), i. A. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Paderborn/München 2007 (2., durchges. u. erw. Aufl.) - **Peter Scholl-Latour**: Die Welt aus den Fugen. Betrachtungen zu den Wirren der Gegenwart. Berlin 2014 - ders.: Kampf dem Terror – Kampf dem Islam? Chronik eines unbegrenzten Krieges. Berlin 2004 - **Emran Feroz**: Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror. Frankfurt/M. 2021

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 212 Sommer 2021, 36 S.

- Die deutsche Marine auf großer Fahrt gegen China 2.0
- Preis der Staatsinterventionismus
- Die Linke wählen?!
- IG Metall-Abschluss 2021
- Die Spur des Faschismus im Arbeitsrecht
- Die schier unglaubliche Geschichte des Dr. Ludwig Weißbauer
- Zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung in Chile

Nr. 211 Frühjahr 2021, 36 S.

- Die Corona-Pandemie – Zwischenbilanz
- Die LINKE mit weiblicher Doppelspitze
- Die christliche Rechte im Aufwind
- Kein großer Wurf – Betriebsrätetärkungsgesetz
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 5
- 9. November – ein nationaler Gedenktag
- Labour ist in gemäßigten Händen
- Rezensionen: Revolte in Chile
Deutsche Krieger

Nr. 210 Winter 2020/2021, 36 S.

- Die USA nach der Abwahl Trumps
- Tarifrunde IG Metall
- Home-Office: Was tun?
- Tarifrunde IG Metall ...und noch eine Baustelle
- Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
- Tarifabschluss bei der Post
- „Der Westen“ und China: Der nächste Weltkonflikt?
- Bolivien – ein Wahlsieg oder mehr?

Nr. 209 Herbst 2020, 32 S.

- Ökologie, Degrowth und Marxismus
- Rüstungsausgaben weltweit auf Höhepunkt
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil IV
- Homeoffice – Weichen werden gestellt
- Rezensionen

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Afghanistan: eine erste Bilanz



Der schnelle Zusammenbruch der Regierung Ashraf Ghanis in Afghanistan und die Besetzung Kabuls durch die Truppen der Taliban Mitte August 2021 ist eine schmerzliche Niederlage für das von den USA angeführte Bündnis der westlichen Länder. Besonders die chaotischen Umstände bei der Evakuierung der eigenen Staatsbürger und der flüchtenden bzw. ausreisewilligen Afghanen wurden allgemein als Desaster wahrgenommen. Ein Bündnis wichtiger imperialistischer Länder, allen voran die Weltmacht USA, musste vor den oft so genannten „Steinzeitislamisten“ zurückweichen. Das ist ohne Zweifel ein erheblicher Verlust an Prestige, Ansehen und eventuell auch Glaubwürdigkeit bei potentiellen Bündnispartnern. Welche Auswirkungen das längerfristig haben wird, wird sich zeigen.

Vor dem Zusammenbruch standen in dem hiesigen Medien bei der Berichterstattung über Afghanistan oft Themen wie das „nation building“, Frauenrechte, der Aufbau einer gewissen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und ganz allgemein Entwicklung und Modernisierung des Landes im Vordergrund. Alles Dinge, die jetzt nicht mehr weitergeführt werden können, schon gar nicht unter der Regie der westlichen Staaten. Die Regierungen dieser Staaten haben sich deshalb dafür zu rechtfertigen,

warum trotz der riesigen Summen, die aufgewendet wurden, am Ende praktisch nichts erreicht wurde. Allerdings liegt man nicht falsch, wenn man davon ausgeht, dass die Verbreitung der „westlichen Werte“ und die anderen großen Ziele nicht das zentrale Interesse dieses Militäreinsatzes waren. Sie spielten aber insofern eine Rolle, als man für die Rechtfertigung des Militäreinsatzes vorm heimischen Publikum und zu Propagandazwecken auch auf diesen Gebieten etwas vorweisen wollte und musste. In Wirklichkeit dürften sie aber nur eine zweitrangige Rolle gespielt haben.

Die Zweitrangigkeit wird ziemlich klar, wenn man sich die Ausgaben der Militärkoalition anschaut. Der ganz große Löwenanteil wurde direkt und indirekt für militärische Zwecke aufgewendet. Nur ein eher kleiner Rest war für die Unterstützung der zivilen Entwicklung vorgesehen. Davon ist dann noch etliches durch allerhand korrupte Machenschaften in dunkle Kanäle abgeflossen. Zum in Afghanistan betriebenen Aufwand kursieren verschiedene Zahlen aus unterschiedlichen Quellen. Im folgenden ein Beispiel, das die Diskrepanz zwischen Militär und Zivilbereich sichtbar macht. Laut einem Bericht der Aufsichtsbehörde der US-Regierung für den Wiederaufbau Afghanistans gaben die USA zwischen 2001 und 2021 insgesamt 946 Milliarden Dollar aus. Davon gingen 816 Milliarden an die US Truppen, 83 Milliarden an die afghanischen Sicherheitskräfte, 10 Milliarden wurden für die Drogenbekämpfung ausgegeben, 15 Milliarden für US Behörden in Afghanistan, nur 21 Milliarden für „Wirtschaftshilfe“. (Zitiert nach „Afghanistan: Blutiger Irrweg“ von Jeffrey D. Sachs in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9, 2021) Die Folge dieser Zustände war, für einen sehr großen Teil der Bevölkerung waren keine Vorteile durch die nach 2001 entstehende neue Ordnung erkennbar. Es kam bei ihnen einfach nichts an. Es gab keine ökonomische Entwicklung an der Basis, die Armut wurde im Laufe der 20 Jahre des Einsatzes nicht verringert etc.

Die eigentlichen, harten Ziele dürften andere gewesen sein, einmal Vergeltung für 9/11. Es galt der Welt zu demonstrieren, man greift die USA nicht ungestraft an. Auch wenn die Beteiligung am Angriff wie bei den Taliban und Afghanistan höchstens von indirekter Art war. Al Quaida war zwar dort präsent, aber keineswegs ausschließlich in diesem Land. Und zweitens, die Installation eines mit den USA/Westen kooperierenden Regimes, das die grundsätzlichen weltpolitischen und sonstigen Interessen des Westens respektiert und eine gewisse Stabilität (bzw. was der Westen darunter versteht) in dieser Region gewährleisten sollte. Damit ist auch das Ausmaß der Niederlage beschrieben, denn auch diese zwei (Minimal-) Ziele sind gescheitert (bzw. sind von der prekären Zusage, keine islamistischen Angriffe aus Afghanistan heraus zu dulden, abhängig).

Das Abkommen zum Abzug der US Truppen wurde von der Trump-Administration ausgehandelt, ohne die inneren Verhältnisse in Afghanistan in das Abkommen einzubeziehen. Damit war im Prinzip auch klar, dass ein Ende der Regierung Ghani in Kauf genommen wurde. Sicher hat man sich das Ende nicht mit dieser Geschwindigkeit vorgestellt und vielleicht auch noch bis zuletzt auf eine gewisse Machtteilung gehofft. Aber ob die Taliban, nach dem vollendeten Abzug der USA, sofort die Macht übernehmen, oder nach 90 Tagen oder eventuell „erst“ nach 6 Monaten (beide Fristen wurden angeblich in internen Reports prognostiziert) ändert an den realen machtpolitischen Folgen relativ wenig, dazu sind die Zeitunterschiede viel zu gering.

Es gab anscheinend in den USA eine Entscheidung, sich aus Afghanistan zurückzuziehen, ohne für den Bestand der Regierung Ghani eine wirksame Garantie abzugeben. Das wurde in der Trump Administration offensichtlich so entschieden (egal ob es eine gut vorbereitete Entscheidung war oder eventuell das Ergebnis eines chaotischen Entscheidungsprozesses, de facto gab es eine solche

Entscheidung) und Biden hat diese Entscheidung nicht umgestoßen (im Gegensatz zu etlichen anderen Entscheidungen seines Vorgängers). Auch von dem am Einsatz beteiligten Europäern einschließlich Großbritanniens hat man dazu keine klare Gegenposition vernommen (ebenfalls im Unterschied zu anderen Themen wie etwa bei „Nord Stream 2“ für die beim Übergang Trump zu Biden zumindest eine neue Sprachregelung gefunden werden musste).

Es gab und gibt also eine Neubewertung der Rolle Afghanistans, das Land wurde sozusagen in seiner weltpolitischen Bedeutung herabgestuft, der Militäreinsatz sollte beendet werden, die dort eingesetzten Mittel für andere Zwecke frei werden. Aber klar, der konkreten Ablauf des Rückzugs aus dem Land ist aus Sicht des Westens gründlich missraten.

Bei nüchterner Betrachtung kann man feststellen der Schaden ist hauptsächlich bezüglich Image, und Ansehen entstanden, eventuell ist bei potentiellen Bündnispartnern das Vertrauen in die Verlässlichkeit angeknackst, die Substanz der Macht und der militärischen Möglichkeiten ist davon weit weniger betroffen.

Gesiegt hat eine reaktionäre Bewegung.

Die Taliban haben zwar gegen die imperialistischen Länder gekämpft und konnten das Ende der militärische Einmischung erzwingen aber aus einer zutiefst konservativen-reaktionären Einstellung heraus. Die Niederlage für den Imperialismus ist damit ganz gewiss nicht mit einer Stärkung von wie auch immer definierten Progressiven oder gar Linken verbunden. Die Niederlage der linken/kommunistischen Kräfte, die es in Afghanistan einmal gegeben hat, erfolgte bereits in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. (Siehe dazu den vorhergehenden Artikel).

Die sogenannte April Revolution von 1978 hatte ihre Basis vor allem in Kabul und einigen anderen Städten (und in der Armee, ein Umstand der die Machtergreifung erst ermöglichte). Der bewaffnete Widerstand gegen die gesellschaftlichen Veränderungen formierte sich vor allem auf dem Land. Die Mudschahedin bekämpften, unterstützt durch die

USA, Pakistan usw., die aufeinanderfolgenden linken Regierungen und die Sowjetunion. Gleichzeitig war es auch ein Kampf Stadt gegen Land. Die in den Städten konzentrierten modernen Teile der Gesellschaft unterlagen gegen die große Übermacht der traditionellen und extrem konservativen Provinzen. Mit dem Sieg der Mudschahedin und später der Taliban, wurden auch die Ansätze für eine moderne Entwicklung in Afghanistan zerstört.

Das Fehlen solcher Strukturen mussten nach 2001 auch die USA mit ihren Verbündeten erfahren, bei dem Versuch einen Staat nach ihren Vorstellungen zu etablieren. Darin ist auch ein Teil der Ursachen für das Scheitern dieses Versuches zu finden.

Der reale Macht- und Einflussbereich der afghanischen Regierungen nach 2001 beschränkte sich nach der Reorganisation und dem Wiederaufstarken der Taliban immer mehr auf die Städte. Dort lebte auch der Teil der Bevölkerung, der mit der Regierung kooperierte (bzw. aus Sicht der Taliban kollaborierte). Die Taliban sind vor allem auf dem Land verwurzelt. Dort haben sich die traditionellen Strukturen und Verhältnisse weitgehend erhalten. In den Städten konzentrieren sich die, sowieso nur partiell, erreichten Fortschritte z.B. im Bildungswesen. Deren Erhalt jetzt wieder äußerst fraglich ist. Damit sind die Städte (etwa 20% der Bevölkerung) zum zweiten mal, wenn auch unter etwas anderen Umständen, Verlierer im innerafghanischen Kampf.

Über die weitere, längerfristige Entwicklung in Afghanistan lässt sich zur Zeit nur spekulieren, besonders gilt das für die städtischen und moderneren Sektoren der Gesellschaft.

Gibt es Lehren aus Afghanistan?

Jetzt ist allenthalben von den Lehren die Rede, die aus den Ereignissen in Afghanistan zu ziehen seien. Bei solchen Fragen sollte man klar differenzieren, denn die Diskussion verläuft auf ganz verschiedenen Ebenen. Es kommt immer darauf an, wer Lehren zieht (bzw. ziehen sollte) und zu welchen Zweck dies geschieht.

Eine Ebene ist z.B. die Sphäre der professionellen Politik mit Schuldzuweisungen an Regierungen, Ge-

heimdiensten etc. bzw. deren Verteidigungsstrategien.

Eine andere Ebene wird von durchaus nachvollziehbaren, aber letztlich technokratischen Argumenten bestimmt (z.B. Forderung nach genauerer Zieldefinition, gründlichere Analyse der örtlichen Gegebenheiten, bessere Kontrolle der Mittel usw.). Solche Diskussionen bringen nichts, solange sie nicht die Frage in den Mittelpunkt stellen warum und wozu kapitalistische, imperialistische Länder Krieg und militärische Interventionen ins Auge fassen.

Es mag sein, dass diejenigen politischen Kräfte einen Dämpfer erhalten haben, die bisher die Militärinterventionen zur Umgestaltung von ganzen Ländern propagierten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, im Zeichen des Sieges des Kapitalismus und der einzig verbleibenden Weltmacht USA, hatten solche Vorstellungen ja Konjunktur. Inzwischen gibt es aber, neben Afghanistan, auch eine Reihe von anderen Ländern, erinnert sei nur an Libyen und Irak, bei denen westliche Militärinterventionen, auch aus der Sicht von ursprünglichen Befürwortern, nur zweifelhafte Erfolge ausweisen. Insbesondere anspruchsvolle Ziele wie „nation building“ oder Demokratisierung sind völlig gescheitert.

Verfehlt wäre es aber, deswegen anzunehmen, dass der Imperialismus in Zukunft auf militärische Einsätze und Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele verzichten würde. Das ist auch an der seitdem geführten öffentlichen Diskussion zu erkennen, z.B. durch die Wortmeldungen des EU Kommissar Thierry Breton und des EVP Chefs Manfred Weber (CSU), denen nichts dringenderes einfiel, als die Forderung nach einer EU weiten schnellen Eingreiftruppe, um eigenständiger agieren zu können und die militärische Abhängigkeit von den USA zu reduzieren.

Auch die Herrschenden werden Lehren aus den Ereignissen ziehen. Es ist zu befürchten, dass sie sich hauptsächlich auf Bemühungen konzentrieren werden, bei zukünftigen Einsätzen besser, effizienter und damit auch erfolgreicher bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu sein. Ob das dann in der Realität wirklich so funktionieren wird, steht natürlich auf einem anderen Blatt.

Den folgenden Artikel haben wir aus gewerkschaftsforum.de entnommen (<https://gewerkschaftsforum.de/der-kern-des-bahn->

streits-heimliches-kuendigungsrecht-fuer-die-staatsgewerkschaft-evg/) Er bringt einige interessante Informationen, die in den üblichen Medien praktisch nicht angesprochen werden.



Der Kern des Bahn-Streits: Heimliches Kündigungsrecht für die Staatsgewerkschaft EVG

Von Werner Rügemer

Zum Ende 2020 liefen im DB-Konzern die Tarifverträge aus. Der Bahnvorstand forderte mit Rücksicht auf die pandemiebedingten Verluste eine Minusrunde. Zunächst hatte der Vorsitzende der größeren Bahn-Gewerkschaft EVG, Klaus-Dieter Hommel, getönt: „Mit mir wird es keine Nullrunde geben“.

Aber dann segnete Hommel für die EVG nicht nur eine Null-, sondern sogar eine Minus-Runde ab: Am 17.9.2020 unterschrieb Hommel den Tarifvertrag im Verkehrsministerium von Andreas Scheuer: Keine Lohnerhöhung bis 1.1.2022, danach 1,5 Prozent bis 28.2.2023. Das ist eine reale Lohnsenkung angesichts der durch die Corona-Politik der Bundesregierung beschleunigten Inflationsrate: die beträgt gegenwärtig 1,8 Prozent und steigt absehbar weiter.

Die abhängige Staatsgewerkschaft EVG hatte somit der Erpressung des Bahnvorstands sofort und konfliktsscheu zugestimmt, hatte dazu die Mitglieder nicht befragt. Dagegen verweigerte die kleinere Gewerkschaft GDL die Zustimmung, führte eine Urabstimmung durch – Ergebnis: Ablehnung der Minusrunde und Streik.

Die GDL fordert, sehr gemäßigt, was die Gewerkschaft verdi schon im öffentlichen Dienst durchgesetzt hatte: 1,4 Prozent für das Jahr 2021, danach für das Jahr 2022 nochmal 1,8 Prozent drauf, und zudem eine Corona-Prämie von 600 Euro. Das Vorbild des öffentlichen Dienstes lag für die GDL auch deshalb nahe, weil sie die staatseigene Bahn als öffentlichen Dienst betrachtet.

Das heimliche Sonder-Kündigungsrecht für die EVG

Was die staatlich-privaten Einheits-Medien verschweigen und was auch die EVG verschweigt: Im Tarifvertrag der EVG mit der DB steht eine Ausstiegs-Klausel, eine sogenannte „Angstklausel“, juristisch ein Sonderkündigungsrecht: Wenn „eine andere Gewerkschaft“ (die GDL wird nicht genannt) einen höheren Abschluss erreicht, kann die EVG ihren Tarifvertrag kündigen und nachverhandeln. So steht es in „Anlage 11 Sonderkündigungsrecht“. Das betrifft auch die Corona-Prämie, auf die die EVG verzichtet hatte.

Die EVG muss bei einem GDL-Erfolg natürlich nicht kündigen. Sie müsste nicht, aber dann stünde sie als vorstandsabhängige Marionette noch deutlicher da. Sie müsste also

kündigen und nachfordern. Und das wäre dann für den Konzern sehr teuer, denn der DB-Vorstand fördert ja ganz verbissen, dass die EVG viel mehr Beschäftigte vertritt als die GDL. Auch deshalb soll die GDL möglichst verschwinden.

Aber der Fall der nachträglichen Tarifikündigung darf ja nicht eintreten, so der DB-Vorstand und die Unternehmer- und Privatisierungs-Postillen wie die FAZ. Das würde der DB viel kosten, und vor allem: Die EVG stünde als Lusche da, die GDL als erfolgreich: DAS ist der Machtkampf, der Klassenkampf, der von Oben, mit Fakes und billiger Polemik geführt wird.

EVG täuscht ihre Mitglieder

Der Vorstand der EVG hatte der Minusrunde in Geheimverhandlungen und ohne Mitgliederbefragung sofort zugestimmt. Die EVG ist nicht nur undemokratisch. Der Vorstand informiert zudem seine Mitglieder falsch.

In ihrer Mitglieder-Information *intakt special* vom November 2020 unter dem Titel „Bündnis für unsere Bahn – fair noch vorne“ stellt die EVG die Ergebnisse des Tarifpakets vom 17.9.2020 dar: Darin fehlt die Vereinbarung zum Sonderkündigungsrecht. So täuscht die EVG

nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die eigenen Mitglieder.

Heimliches Sondergeschenk für die EVG: Zusatzrente

Die Anti-GDL-Agitatoren aus Bahnvorstand, EVG-Vorstand und Leitmedien verschweigen eine weitere, streikrelevante Tatsache.

Mit der Kündigung der Tarifverträge zum Ende 2020 kündigte der Bahnvorstand auch die bisher geltende Zahlung in eine betriebliche Zusatzrente. Dies galt für alle Beschäftigten. Neben der üblichen Betriebsrente hatte die DB bei der Privatisierung und der gleichzeitigen Fusion mit der Bahn der Ex-DDR, der Deutschen Reichsbahn, 1995 eine betriebliche Zusatzrente eingeführt, auch um die ostdeutschen Beschäftigten bei der Stange zu halten.

Als der Bahnvorstand jetzt diese Zusatzrente kündigte, widersprach die GDL. Die Erhaltung dieser Rente ist auch ein Streikgrund. Aber mit der EVG hat der Bahnvorstand im oben genannten Tarifpaket „Bündnis für unsere Bahn“ die Kündigung zurückgenommen und die Zahlung der Zusatzrente bis 28.2.2023 verlängert – aber eben nur für die EVG.

EVG: 185.000 Mitglieder – aber nur 64.500 im Beruf

Bahnvorstand und EVG täuschen die Öffentlichkeit auch in anderer Hinsicht. Als Zahl der EVG-Mitglieder wird 185.000 angegeben. Das stimmt im Prinzip, sagt Radio Eriwan, aber...

1995 bei der Umgestaltung der Bahn in eine private Aktiengesellschaft hatte die Vorgänger-Gewerkschaft der EVG, die Transnet, noch 450.000 Mitglieder. Die stammten noch aus der alten Zeit der öffentlichen Bundesbahn. Daneben gab es seit 1948 noch die kleinere Beamten-Gewerkschaft GBDA. Mit der Privatisierung aber baute der privatrechtliche Staatskonzern rabiat Arbeits-

plätze ab und schickte zehntausende in vorzeitigen Ruhestand, auch die teuren Beamten, wie bei der Privatisierung der Bundespost hin zum Börsengang als Telekom AG.

Deshalb schrumpften beide Gewerkschaften erheblich, Transnet und GBDA. Auch deshalb fusionierten sie 2010 zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG: Da hatte die EVG gerade noch etwa 250.000 Mitglieder und übernahm die 40.000 GBDA-Mitglieder, die aber zu 80 Prozent Pensionäre waren. Danach ging der Personalabbau weiter, mit Zustimmung der EVG. Seitdem bis heute schrumpfte die EVG weiter um mehr als 100.000 Mitglieder.

Nach Schätzung von Gewerkschaftsmitgliedern hat die EVG gegenwärtig etwa 64.500 Mitglieder,



die noch im Beruf stehen – die „restlichen“ etwa 120.000 Mitglieder sind Rentner und Pensionäre. Von ihnen scheiden jährlich etwa 10.000 wegen Tod aus.

Während die EVG still und leise und uneingestanden vor sich hinschrumpft, nimmt die GDL zu, gewiss nicht schnell, aber stetig: 2007 hatte sie 31.000 Mitglieder, seit etwa 2018 besonders viele Neuzugänge und gegenwärtig 37.000 Mitglieder. Bundesregierung und Bahnvorstand wollen diese Entwicklung stoppen, umkehren.

Tarif-Einheits-Gesetz: Die Fiktion

Um die GDL nach deren nachhaltigem Streik 2014 zu schwächen, beschloss die große Koalition aus CDU, CSU und SPD das Tarifeinheits-Gesetz. Danach gilt in einem Unternehmen nur ein einheitlicher Tarifvertrag, der mit der größten Gewerkschaft abzuschließen ist. Fernziel: Die GDL ganz rausdrängen!

Nun ist schon angesichts der geringen und abnehmenden Zahl der noch im Beruf stehenden EVG-Mitglieder diese Regelung im Bahn-Konzern fragwürdig. Aber das Gesetz ist vor allem aus einem anderen Grund eine wirklichkeitsfremde Fiktion: Denn die Politik der Bundesregierung und des Staatskonzerns besteht ja nach dem Vorbild privater Großkonzerne darin, das Unternehmen in immer mehr Tochter-Unternehmen aufzuspalten.

So besteht die DB gegenwärtig aus etwa 300 rechtlich selbständigen Unternehmen, als Aktiengesellschaft oder GmbH. Dazu gehören etwa 20 DB Regio in verschiedenen Bundesländern, DB Cargo/Railion (Güterverkehr), DB Schenker (LkW-Logistik), DB Netze Fahrweg, DB Bahnbau, DB Gleisbau, DB Systel, DB Personenbahnhöfe ...

So sind in den verschiedenen dieser Unternehmen auch die EVG und die GDL unterschiedlich oder jeweils gar nicht vertreten. Die GDL ist schon lange keine Lokführer-Gewerkschaft mehr, sondern umfasst viele Berufe. Deshalb ist es naheliegend

und gewerkschaftlich normal, dass die GDL, die ohnehin eine größere Dynamik der Neuzugänge hat als die EVG, das Ziel verfolgt, in immer mehr Bahn-Unternehmen vertreten zu sein und Mitglieder zu werben. Diese Form der ansonsten immer beschworenen Tarifautonomie wollen Bundesregierung und Bahnvorstand hier abschaffen.

Insofern steht die GDL für gewerkschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit. Und deshalb verdient sie die Unterstützung aller demokratischen Kräfte.

Wie der Kommunismus nach China kam

(Teil 6 und Abschluss)

Eine Rekonstruktion revolutionärer Politik in China



Der „Lange Marsch“ ist seit der Gründung der Volksrepublik ein entscheidender Bezugspunkt für den neuen Staat, für die geschichtliche Wende hin zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Weit mehr noch als die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, mehr als das Symbol vom Sturm auf die Bastille für das bürgerliche Europa ist der dreijährige Kampf der chinesischen KommunistInnen um ihr Überleben und das ihrer politischen Überzeugungen der Dreh- und Angelpunkt für das legitime Handeln der KPCh. Wie bei wenigen Ereignissen sonst spielt es keine Rolle, ob der „Marsch“ Ausdruck einer überlegenen taktischen Meisterleistung oder der letzte Versuch, sich und einige Getreue zu retten, war. Ob er Sieg oder Niederlage war, mag aus historischer Sicht von Interesse sein und bleiben. Wichtig im Sinne seiner Bedeutung, die ihm zugemessen wurde und immer noch wird, ist dies freilich nicht.

Nicht zuletzt mit Hilfe deutscher Militär- und Kriegsberatung hatte Chiang Kai-shek die chinesische Sowjetmacht in Jiangxi eingekreist, ihre Hauptstadt eingenommen und stand kurz davor, die KommunistInnen endgültig zu vernichten. Mitte Oktober 1934 fasste die Führung vor Ort – Mao stand zu dieser Zeit un-

ter Hausarrest, der von der an Moskau orientierten Parteispitze verfügt worden war – den Beschluss, unter der Leitung von Bo Gu, Zhou Enlai und Otto Braun den Kessel nach Südwesten zu durchbrechen.¹ Zusätzlich sollten Reste der vormaligen Roten Armee in der Region verbleiben und den Guerillakampf gegen die Nationalisten aufnehmen.

Aus dieser Armee von 30 000 einsatzfähigen SoldatInnen war ein Überbleibsel von 6000 Personen geworden, die nicht wegen Verwundung oder Erkrankung ausfielen.

Bis 1937, dem Jahr der gemeinsamen Front von Nationalisten und KommunistInnen gegen den japanischen Feind, überlebten wenige hundert die fürchterlichen Bedingungen des Guerillakampfes vor Ort. Den Zurückgelassenen erging es nicht besser, die Nationalisten ermordeten in den verlassenen Sowjetgebieten Hunderttausende von KommunistInnen und Sympathisierenden.

Von den etwa 90 000 Soldaten, Kadern und zivilem Personal, die den Ausbruch wagten, trugen etwa 30 000 Personen die Hauptlast der Kämpfe im ersten Jahr. Die Bewaffnung war äußerst bescheiden, nicht einmal jeder zweite Soldat besaß eine Schusswaffe. Schwerere Bewaffnung verlangsamte das Marschtempo so sehr, dass alles, was nicht unmittel-

bar überlebenswichtig war, zurückgelassen wurde. Als Transportmittel dienten wenige hundert Pferde. Detailliertere Pläne, wohin sich die Truppen retten wollten, gab es wohl nicht, schließlich sollte es um jeden Preis vermieden werden, den verfolgenden Truppen Chiangs ins Messer zu laufen. Das spätere Zielgebiet wird anfangs nicht im Blick gewesen sein, hier waren die KommunistInnen nicht verankert und der japanische Feind drohte.

Die Wegführung der ersten Monate ist davon geprägt, die verfolgenden Truppen unterschiedlicher Koalitionäre Chiangs aufzuspalten und damit ein erneutes Einkesseln zu verhindern. Immer in der Absicht, unter dem Radar des Feindes zu bleiben und Gefechte nur dann zu suchen, wenn die geografischen und logistischen Möglichkeiten es zulassen und der Kampf nicht zu vermeiden ist, schlugen sich die Roten Truppen durch die Grenzgebiete mehrerer Provinzen in einem südwestlich verlaufenden Bogen. Große Städte, die Zentren der feindlichen Armeen, werden vermieden. So bleibt möglichst unwegsames Gelände, Armuts- und Minderheitengebiete, die kurzfristig Schutz bieten können, aber selbst für die Einheimischen zu wenig Nahrung bereithalten. Allein die schwere Bewaffnung des Feindes macht in diesen Regionen wenig Sinn.

Nach knapp zwei Monaten wurde die 1. Rote Armee bei einem strategisch bedeutsamen Flussübergang

1– Kuhn: *Die Republik China von 1912 bis 1937*, Heidelberg 2007, 3. überarbeitete Auflage, 556– 568. Die Darstellung des Langen Marsches bezieht zahlreiche, unterschiedliche Quellen ein, das Geschehen selbst scheint im Großen und Ganzen gesichert. Die Bewertung der Ereignisse ist darin ausdrücklich nicht eingeschlossen.

vom Feind gestellt und beinahe vernichtet. Die Truppen und ihr Tross, die dem Feind entkamen, waren auf ein Drittel der Anfangsstärke zusammengeschmolzen. Tod und Flucht sorgten für die verlustreichste Phase des Langen Marsches, dies hatte deutliche Auswirkungen auf die Kampfmoral der übrig gebliebenen Verbände. Kritik an der Leitung des Marsches kam auf, die auf der Ebene des angereisten Politbüros entschieden wurde. Bo Gu und Otto Braun, die Vertreter der städtischen Parteiführung, wurden mit knapper Mehrheit abgesetzt, Zhou Enlai, der die Schuld an den Fehlentscheidungen auf sich nahm, blieb auf Bewährung in seiner Funktion. Und Mao kam zurück und mit ihm Zhu De, beiden wurde das militärische Kommando übertragen. Die bewegliche Kriegsführung, die beide Männer entwickelt und vertreten hatten, erhielt das Placet der Parteileitung. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass die Rote Armee neu strukturiert wird. Die beiden dezimierten Armeen werden zur 5. Roten Armee zusammengelegt und

mit dem Auftrag versehen, nach Norden zur 4. Armee durchzustoßen. Das Problem war, dass es keine genauen Informationen über den Aufenthalt der GenossInnen gab.

Also verlässt der Tross seine Zwischenstation in der gebirgigen Minderheitenprovinz Guizhou, knapp 1000 Kilometer vom Ausgangspunkt entfernt. Er wendet sich, verstärkt mit einigen tausend Neusoldaten, die in dieser Elendsprovinz geworben wurden, nach Norden. Der Übergang über den Jangtse wird zum nächsten Problem.

Die beabsichtigte Querung ist blockiert, Mao lässt den Rückweg einschlagen und wendet den Zug ein weiteres Mal, bevor dieser auf die Soldaten Chiangs trifft. Die Grenzprovinz zu Vietnam und Myanmar, Yunnan, wird zum neuen Ziel und endlich gelingt der Übergang über einen Zufluss, Jinsha Jiang, der den Nordosten Yunnans vom äußersten Süden Sichuans trennt. Viele hundert Kilometer Märsche und kleinere, mitunter auch größere Kämpfe

erschöpfen die Menschen, das Heer war erneut bedenklich geschrumpft. Es gelingt der Armee nicht, einen Stützpunkt im Süden Sichuans zu errichten, der Feind treibt sie weiter vor sich her. 700 Kilometer nördlich soll der Fluss Daduhe überschritten werden, einer Vorhut von 22 Soldaten gelingt es, die Eisenkettenbrücke von Luding unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Rote Armee und ihr Gefolge konnten passieren.

Nach einem halben Jahr des Umherirrens – man kann es kaum anders nennen unter den Bedingungen der fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten und des unvermeidlichen Feindkontaktes – wird die Vereinigung der stark geschwächten 1. Roten Frontarmee Maos mit der 4. Roten Armee Zhang Guotaos endlich möglich. Dafür musste die Provinz Sichuan, ein von höchsten Gebirgen und vielen Flüssen durchzogener Landstrich, komplett in Süd-Nordrichtung durchquert werden. Die Zusammenführung der Armeen erwies sich als notwendig, um den geschwächten



Teil, die Truppen Maos, zu entlasten und regenerieren zu lassen. Trotzdem blieben die Bedingungen in den Truppenteilen unterschiedlich, sodass sich auch die Zielvorstellungen weiter unterschieden. Ein Marsch in den äußersten Nordwesten, nach Xinjiang, um Hilfe von der UdSSR erlangen zu können, war für Zhang möglich, für Mao nicht vorstellbar. Ein Jahr nach dem Ausbruch aus dem Kessel in Jiangxi standen Maos Truppen im Nordwesten der Provinz Shaanxi und hatten eine Gesamtstrecke von 11 000 Kilometern zurückgelegt. Die vereinten Armeen wurden also erneut geteilt, wobei die östliche Kolonne bei Mao verblieb. Nach erfolgreichen Kämpfen im äußersten Osten der Provinz Gansu um den Übergang über mehrere Gebirgspässe gelangte die Kolonne nach Shaanxi zurück, nach Wuqi. Dezimiert, aber erst einmal wenig bedrängt, war das Ende des Marsches in die Nähe gerückt. In der Region, „bloß“ 250 Kilometer entfernt, in Yan'an, wurde schließlich das neue Zentrum der KommunistInnen errichtet. Die Stadt blieb „Hauptstadt“ der chinesischen Roten Armee von 1936 bis zum März 1947, als der Bürgerkrieg zum raschen Bewegungskrieg wurde.

Die westliche Armeekolonne unter Zhang verfolgte ihren Plan, nach Westen auszuweichen, weiter, der sie in Richtung Qinghai führen sollte. Bei einer Überquerung des Huanghe wurde die Armee von nationalistischen Truppen gestellt, gespalten und zum allergrößten Teil vernichtet. Ein 2 000 Soldatinnen starkes Frauenregiment wurde im Gansu-Korridor ausgelöscht. Nicht einmal tausend Kämpfer von über 33 000 SoldatInnen konnten sich schließlich nach Yan'an durchschlagen. Die Zweite Einheitsfront gegen die japanischen Invasoren, die die KommunistInnen und die Nationalisten Chiang Kai-sheks im Dezember 1936 beschlossen, verschaffte der Roten Armee im Ringen um die Macht in China eine kurze Atempause.

Die Bedeutung des Langen Marsches

Geht man von den militärisch verwendbaren Resultaten aus, muss man, kurzfristig gesehen, von einer Niederlage der KommunistInnen sprechen. Ihre Kräfte wurden ins-



Nationalistischen Truppen erschießen angebliche Kollaborateure

gesamt stark dezimiert, teil- und phasenweise beinahe vernichtet. Die von ihnen beherrschten und mit einer neuen Sozialstruktur versehenen Regionen und Gebiete mussten mit schwersten Folgen für die Bevölkerung zurückgelassen und aufgegeben werden, zig Millionen Menschen wurden zwangsweise der Willkür, der Ausbeutung, der Rache und dem Verbrechen der Nationalisten ausgeliefert.

Die Niederlage war aber keine absolute, keine unumkehrbare. Trotz des Triumphes der Nationalisten und ihrer Verbündeten gelang es diesen nicht, den Kern der kommunistischen Bewegung zu vernichten. Diese Seite, die Zähigkeit und der Wille von Tausenden KommunistInnen, der Überlegenheit des Feindes nicht nachzugeben, wird heute in der VR China in besonderer Weise hervorgehoben, ein sozusagen historisches Beispiel für die Durchsetzungsfähigkeit zukunftsweisender Politik gegeben. Und damit hob und hebt sich der chinesische Sozialismus deutlich heraus aus den üblichen Vorstellungen, wie Staaten einen Systemwechsel vollziehen. Dies legitimiert die chinesische Führung bis heute, die Eigenart des politischen und gesellschaftlichen Systems zu betonen. Und diese Eigenart kann und soll gerade nicht als Modell für revolutionäre Bewegungen dienen. Alles exportiert die Volksrepublik, aber nicht ihre Form des Sozialismus.

In der Tat ist es erklärungsbedürftig, warum in der Phase existenzieller Bedrängnis die Unterstützung durch

erhebliche Teile der Landbevölkerung nicht unterblieb. Schließlich wurde jede Handlung zugunsten der KommunistInnen schwerstens bestraft. Die chinesische Antwort hebt auf das solidarische Verhalten der eigenen Kader ab. Armee und zivile Begleitung waren angehalten, nicht von den Bauern, sondern mit ihnen zu leben. Nur so gelingt es, die Bedürfnisse der Bevölkerung wirklich zu verstehen und etwa die Forderung nach einer Bodenreform mit Leben zu erfüllen. Hier werden die Losungen tatsächlich praktisch und hier ist die Hilfe ganz nahe an den Lebensbedingungen Aller. Und nur auf dieser Basis bleiben die KommunistInnen glaubwürdig, wenn sie Menschen bilden und ausbilden.

Bemerkenswert und in ihrer Folgewirkung kaum zu überschätzen ist die Tatsache, dass die tatsächliche Ausrichtung der eigenen Politik und Strategie auf die Bedürfnisse der Bauern, der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, einzigartig in der modernen Geschichte Chinas ist. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein, war das Land als Selbstbedienungsladen für die Bedarfe der Mächtigen, der Großgrundbesitzer, der Verwaltung und Regierungsbeamten betrachtet worden. Eine tatsächliche Vertretung hatte die Landbevölkerung nie besessen. Die äußerst zaghaften Rufe aus der Nationalen Partei nach einer Landreform verhallten über alle Jahrzehnte ihrer Regierung rückstandslos. Es war eben modern, auch eine solche soziale „Forderung“ ins Programm aufzunehmen, dort

entschlummerte sie, ohne jemals das Bewusstsein erlangt zu haben.

Die KommunistInnen, und hier speziell die von Mao Zedong vertretene Linie, sind die erste und die de facto einzige politische Kraft, welche die Bauernschaft als Subjekt des (revolutionären) Handelns begreift und sie handlungsfähig macht. Das macht ihre „Attraktivität“ jenseits aller Losungen und Stellvertreterkämpfe aus und das gibt wiederum der kommunistischen Bewegung den Rückhalt, mit dem der Gewalt des haushoch überlegenen Feindes

Die Zweite Einheitsfront

Seit 1931 hatte Japan weite Teile der mandschurischen Provinzen besetzt, um die Expansionspläne in Ostasien umsetzen zu können. Der chinesische Osten sollte die Rohstoffe liefern, damit die japanische Industrie ihrem Ziel der Autarkie näherkam. Besonders die Rüstungsindustrie benötigte die Zulieferungen und die Vorprodukte.

Zu diesem Zweck richtete der Usurpator ein Marionettenregime, Mandschukuo, ein.

soweit sie Verbündete der Nationalregierung sind, herumschlagen. Der Konflikt köchelt weiter und trägt nicht nur nebenher dazu bei, die eigenen Alliierten zu schwächen. Der Ruf aller antijapanischen Kräfte, die fremden Truppen auch mit Soldaten der Zentralregierung zu bekämpfen, wird Mitte der 1930er Jahre lauter. Chiang propagiert zwar die Befreiung des Landes, er tut aber nichts Substanzielles dazu. Stattdessen werden immer neue Abkommen mit den Besatzern geschlossen, die die Beziehungen „regeln“ sollen, aber in der Sache selbst nichts ändern. Die Souveränität Chinas wird wieder und wieder verschachert. Das permanent wiederholte Argument der chinesischen Regierung, diese Abkommen würden helfen, den Frieden im Lande zu gewährleisten und damit dem Volk große Leiden zu ersparen, wird selbst in der Bevölkerung nicht mehr geglaubt. Das Bürgertum selbst geht Chiang von der Fahne, weil es allzu offensichtlich geworden war, dass der Regierungschef seine Kräfte für den Kampf gegen die KommunistInnen aufsparen möchte. Auch die KP nimmt diese Stimmung im Volk auf und erklärt sich bereit, den innerchinesischen Konflikt zugunsten einer gemeinsamen Front gegen die Besatzer zurückzustellen. Ende 1936 schafften schließlich gemeinsame Interessen ein chinesisches Bündnis, das es eigentlich nicht geben kann. Die

Nordwestliche und die Nordöstliche Armee unter verbündeten Heerführern von Chiang Kai-shek begehren gegen dessen Hinhaltetaktik auf, die zur Schwächung ihrer Positionen führen sollte. Der Krieg, den sie im Norden gegen die KommunistInnen führen sollten, war nicht der ihre. Sie drängten unmittelbar auf eine Einigung. Das taten auch einflussreiche Granden der Nationalen Partei, die sich immer vernehmlicher gegen Chiang aussprachen, die öffentliche Meinung war drauf und dran trotz aller Gegenmaßnahmen umzuschlagen. Und nach einer (Schein-) Entführung Chiangs war sein Kurswechsel beschlossen, der Krieg gegen Japan stand bevor. Trotz dieser Zusage be-



Mao während des Langen Marsches

widerstanden werden konnte. Nur deshalb wird verständlich, weshalb die kommunistische Bewegung in China innerhalb weniger Jahre ihre Popularität gewaltig steigern und ein Massenheer auf die Beine stellen konnte. Zwar war man nominell zu Zeiten der Einheitsfront den zusammengekauften, gedungenen Heeren Chiang Kai-sheks und seiner Verbündeten deutlich unterlegen, von der völlig unzureichenden Armierung und fehlenden Bewaffnung ganz zu schweigen. Aber Chiang wusste, dass die historische Chance, die KommunistInnen in China auszumerzen, mit dem Ende des Langen Marsches vorüber war und nicht mehr kommen würde, wenn er nicht Hilfe von den Siegern des Krieges in China erhielt. Die USA sollten nach 1945 erledigen, was er bis 1937 versäumt hatte.

Das im Detail sehr fintenreiche Verhältnis der japanischen Besatzer zur nationalchinesischen Regierung unter Chiang Kai-shek soll hier nicht nachgezeichnet werden. Wichtig für die innerchinesische Auseinandersetzung ist Folgendes: aus der Sicht der Guomindang ist die Rolle Japans in China ambivalent. Eine nationale Partei, so könnte man denken, müsste ein ureigenes Interesse haben, die Eindringlinge zu bekämpfen. Das ist nicht verkehrt, solange der verbale Kampf mit den Japanern nicht in einen umfänglichen Krieg umschlägt, der die Nationalarmee bindet und schwächt. Besser ist es aus Sicht Chiangs, wenn sich die Besatzer mit den nördlichen und östlichen Warlords,

2– Die Fakten zu den Bürgerkriegsjahren 1945 – 1949 sind Kuhn, S. 692-695 entnommen. Eine Chinakarte zur Verteilung der Konfliktparteien am Ende des 2. Weltkrieges in Ostasien stellt https://de.wikipedia.org/wiki/Chinesischer_Bürgerkrieg_bereit.

durfte es eines Dreivierteljahres Zeit, eines bereits fünf Wochen andauernden Krieges der Japaner und eines 30 Millionen Dollar-Kredites der Sowjetunion für die chinesische Regierung, damit Chiang die Eingliederung der Roten Armee in die nationalen Streitkräfte billigt und die KPCh als legale Organisation anerkennt.²

Der Krieg gegen Japan

Aus der „Schutztruppe“ für den Bau der Südmandschurischen Eisenbahn, der Kwantung-Armee, die zuerst den Auftrag hatte, das japanische Eigentum gegen China (und Russland, den Verlierer des russisch-japanischen Krieges 1904) abzusichern, war ein eigenständiger Faktor im Rahmen der imperialistischen Erweiterungspolitik geworden. In relativer Autonomie trieben die japanischen Generäle ihre Eroberungen und Besetzungen Stück für Stück weiter, schlossen Vereinbarungen und Abkommen mit den Warlords im Nordosten Chinas oder mit der Zentralregierung oder anderen Gruppierungen und konnten sich sehr sicher sein, dass ihre Selbstherrlichkeiten im Nachhinein von der Regierung in Tokio gebilligt wurden. Man war bei der Ausbeutung der Bodenschätze in der Mandschurei dabei, die in das annektierte Korea verbracht wurden und wusste neben den strategischen Zielen auch seine wirtschaftlichen Prämissen zu erreichen. 1931 besetzte Japan nach einem inszenierten Attentat mit erweiterter Mannstärke alle drei mandschurischen Provinzen und schuf einen eigenen Satrapenstaat. 1932 bombardierten die Japaner die Stadt Shanghai, um den chinesischen Handelsboykott zu brechen und setzten in den Folgejahren weitere Forderungen durch. So musste eine „Pufferzone“ zwischen dem neuen politischen Gebilde Mandschukuo und der Südlinie Tianjin–Beijing eingerichtet werden. Das bedeutete, dass die umgebende Provinz Hebei faktisch aus der chinesischen Souveränität ausgegliedert wird. Und Teile der Inneren Mongolei werden ebenfalls besetzt. Der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg beginnt als Expansion nach dem Süden, bisher das Land Chiangs. Über Shanghai sollte die Hauptstadt der Guomindang, Nanjing, besetzt werden, wenn die Regierung antijapanische Aktivitäten nicht einstelle. Als Lockmittel wurde Chiang der gemeinsame Kampf gegen die KommunistInnen angeboten. Gleichzeitig wurde um Shanghai mit allen modernen Waffentechniken gekämpft, die vor allem Japan aufbieten konnte. Die Verluste waren auf beiden Seiten hoch, die Guomindang büßte etwa ein Drittel ihrer kampfbereiten Soldaten ein. Bevor Chiang sich auf die Waffenstillstandsbedingungen einlassen und damit



Mao (l.) während des Bürgerkrieges im Norden Chinas (um 1937)

das frische „Bündnis“ mit der Roten Armee brechen konnte, legte Japan in seinen Forderungen kräftig nach. De facto würde der Norden Chinas den Invasoren unterstehen, die die Bedingungen für die Beziehungen zwischen Japan, Mandschukuo und China festlegen. Chiang war in der Sackgasse gelandet, die Niederlage seiner Armee war absehbar, damit ist seine Ausgangssituation für den künftigen Kampf gegen die KPCh geschwächt. Aber er kann den japanischen Forderungen auch nicht entsprechen, weil selbst er dies politisch nicht überleben würde. Also muss er auf Zeit spielen, die Aggression verlangsamen, die Japaner in der Weite des Landes ermüden und hoffen, dass neue Mächte auf das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten einwirken. Nan-

jing konnte und wollte er nicht mehr halten, der Feind war ohne Verzögerung in der Stadt eingefallen. Die dort stationierten Truppen forderte der Stadtkommandant zum sofortigen Abzug auf, in Panik flohen die Soldaten und ebenso zivile Bevölkerung. Transportmittel standen kaum zur Verfügung, viele Menschen kamen bereits in diesen Wirren ums Leben.

Wenige Tage später standen die feindlichen Truppen in der Stadt und ermordeten in den Folgewochen Hunderttausende von Bewohnern und vor Ort gebliebenen Militärs. Eine entfesselte Truppe beging alle Grausamkeiten an der Bevölkerung, die ein moderner Rassenkrieg denkbar und wieder möglich macht, einschließlich Versklavung, erzwungener Prostitution und medizinischer Experimente mit Menschen. Chiang verlegt seine Hauptstadt flussaufwärts nach Wuhan und er wird sie schließlich noch einmal 1500 Kilometer den Jangtse-Quellen entgegen nach Westen verlegen müssen. Chongqing wird die Hauptstadt werden, eine zurückgebliebene und seuchengeplagte Siedlung irgendwo im Nirgendwo. Chiang ist dort von seinen Einkommensquellen völlig abgeschnitten, Kontakte und damit Einflussnahmen auf Verbündete, auf Abhängige und Gegner werden immer schwieriger. Die regionalen Kommandeure seiner Armeen räumen nacheinander ihre Gebiete, Guerillakampf wird zum Mittel der Wahl.

Diese Art, den Krieg zu führen, ist ungewohnt und fordert höhere persönliche Opfer als die Feldschlachten. So kämpfen die KommunistInnen, natürlich auch gegen die Japaner, nicht die Guomindang.

Deshalb blieb Chiang nur mehr die Möglichkeit, kleinere Hinterhalte zu inszenieren, die japanischen Truppen in Nebengefächte zu verwickeln. Um die neue Hauptstadt Wuhan nicht aufgeben zu müssen, war der Versuch unternommen worden, den Feind weit nördlich davon in Kämpfe zu verwickeln. Der kurze Zeitgewinn, der durch den Überraschungseffekt zu erzielen war, genügte nicht. Chiang befahl die Dämme des Huanghe aufzubrechen, was etwa einer Million Menschen, die nicht vorgewarnt worden waren, das Leben kostete und 12 Millionen obdachlos machte. Monate



Mao Zedong, Oktober 1935

waren am Ende „gewonnen“ für einen vermeintlichen strategischen Vorteil.

Nachdem Wuhan im Oktober 1938 fiel, wurde der Süden Chinas in rascher Folge erobert und ein erneutes Ausweichen der Regierung war nötig geworden.

Die japanische Eroberungsplanung für Ost- und Südostasien war in ein Stadium kurz vor der Umsetzung getreten, deshalb lag es 1939/40 im Interesse des Kaiserreiches, einen möglichst stabilen Waffenstillstand zu schließen. Die Truppenstärke in China, die stark gesteigert worden war, musste begrenzt, möglichst sogar zurückgeführt werden. Die Soldaten werden anderswo gebraucht.

Jetzt scheint das Kalkül Chiangs, auf Zeitgewinn zu setzen, doch noch aufzugehen.

Japan hat sich beinahe zu Tode gesiegt, der Ostteil Chinas muss schließlich verwaltet und dem Wirtschaftsplan der Eroberer unterworfen werden. Chinesische Stellvertreter, die im Auftrag verwalten sollten, bewähren sich nicht, sie üben pure Gewalt aus, um ihre Vorgaben zu erfüllen und ihren Profit zu sichern. Die Sowjetunion war inzwischen aktiv geworden, ihr Interesse war, einen Zwei-Fronten-Krieg zu vermeiden. Aus diesem Grund musste China wesentliche Kräfte des potenziellen Feindes binden. Die UdSSR sandte Waffensysteme und Ausrüstung, stellte Kampfflugzeuge samt Piloten, um die Luftüberlegenheit Japans zu brechen und die Bombardements der großen Städte zu beenden.

Mit der japanischen Kriegserklärung an die USA und ihre Verbündeten kommt auch der Krieg in China an einen Wendepunkt. Wenn es den chinesischen Truppen auch nicht ge-

lingt, Japan aus dem Land zu treiben, so setzen sie doch in den Folgejahren immer wieder Nadelstiche, die die Eroberer schmerzen. Auch wird die Ausrüstung dank der US-Lieferungen besser. China hatte als Reaktion auf Pearl Harbor Japan den Krieg erklärt und wurde nun offiziell von den USA mit Militärgütern versorgt.

1945 ziehen sich die japanischen Truppen in China in die Städte zurück und kontrollierten die Hauptverkehrswege, die ländlichen Gebiete wurden, schon aus Personalmangel, geräumt und damit im Norden den KommunistInnen, im Zentrum und im Süden der Guomindang überlassen. Im August 1945 ist das Ende des japanischen Imperiums gekommen. Die Atombombenabwürfe der USA sorgen für eine umgehende Kapitulation, die Sowjetunion marschiert zeitgleich mit einer Million Soldaten in die Mandschurei, dem Kern- und Rückzugsgebiet der Japaner, ein. Im September kapitulierten die japanischen Truppen in China. Der Krieg war zu Ende, die Nationalregierung Chinas war Siegermacht in diesem Weltkrieg. Und ein Wettrennen um die Macht in China setzte unmittelbar ein.

Bürgerkrieg und Proklamation der Volksrepublik China²

Weder die Guomindang noch die KommunistInnen bekämpften die japanischen Besatzer mit ihren vollständigen militärischen Kräften, dies trifft auch auf die regionalen Hilfstruppen Chiang Kai-sheks oder der KommunistInnen zu. Allen Beteiligten war bewusst, dass der Kampf gegen Japan nur eine Etappe sein konnte. Die Macht in China musste

das Ziel sein und dafür versuchten die beiden verfeindeten Seiten die Weichen zu stellen. Anfangs schien Chiang die besseren Karten zu besitzen: seine Truppen waren personell stärker, sie waren im Schnitt deutlich besser ausgerüstet, geschult und genährt. Chiang war der von den Alliierten anerkannte Sieger des Krieges in China, ihm sollten sich nach den Kapitulationsverhandlungen die Japaner ergeben und die Waffen ausliefern. Dazu kommt die Unterstützung durch die USA, die bereit waren, mit ihm als Herrscher des Landes die Nachkriegsordnung Asiens zu planen.

Nach der japanischen Kapitulation wollten die USA China diplomatisch befrieden. Der Krieg, der in Europa schon vier Monate beendet war, sollte auch in Asien zu Ende gehen, zumal in den zurückliegenden Jahren keine militärische Entscheidung gefallen war. Die Zustimmung zu einem amerikanischen Militäreinsatz, der notwendig werden würde, war im Lande nicht vorhanden, ein Fass ohne Boden drohte.

Chiang ließ sich notgedrungen auf Verhandlungen mit den KommunistInnen in Chongqing, seiner Hauptstadt in der Provinz, ein. Weder eine mögliche politische Koalition beider Seiten noch eine Kompromisslösung zwischen den Antagonisten wurde gefunden. Im Gegenteil, während die „Verhandlungen“ liefen, begannen die kriegesischen Auseinandersetzungen erneut. Selbst als die USA ihre Unterstützung für Chiang mit dessen Bereitschaft zur politischen „Lösung“ verknüpften (auch die UdSSR setzte noch auf eine Einigung der feindlichen Seiten), flauten die Kämpfe nicht mehr ab. Im Zentrum stand zu dieser Zeit das „Erbe“ der japanischen Aggression, die Waffenübergabe der Kapitulanten an die chinesischen Truppen.

Die KommunistInnen konnten schließlich die Vorteile nutzen, dass sie einfach geografisch näher dran und damit schneller vor Ort waren und die Sowjetarmee die Mandschurei besetzt hatte. Die UdSSR hatte im August 1945 Japan den Krieg erklärt und rückte in die Stützpunkte des Feindes im Nordosten Chinas ein.

Dies stellte nicht die Vorentscheidung dar, mit US-Unterstützung gab es Truppenverlegungen der Nationa-



listen nach Norden, um den militärischen Wettlauf zu gewinnen. Aber die KommunistInnen konnten ihre Möglichkeiten verbessern. Und es gelang ihnen, in dieser Region politisch Fuß zu fassen. Sie schufen neue soziale und politische Bedingungen in vielen mandschurischen Kreisen und Dörfern, die von den Nationalisten auf kurze Sicht nicht mehr zerstört werden konnten. Chiang hatte in dieser Provinz nichts mehr anzubieten außer Repression und Gewalt. Mit Ablauf des Jahres 1946 war der „Friedensprozess“ auch offiziell tot.

Die zu Rate gezogene Literatur hebt gerne auf die taktischen Fehler Chiangs in den Folgejahren ab, ja misst ihnen kriegsentscheidende Wirkung bei. Dies ist die Sichtweise derjenigen, die das militärische Potenzial als zentrale Größe ansehen.

Chiang scheiterte schließlich nicht deshalb, weil er falsch kalkulierte und seine Kräfte an den falschen Orten konzentrierte, sondern weil er seinen Anspruch, China zu einigen, territorial wie gesellschaftlich-sozial, in keiner Weise einlösen konnte. In dem Maße, in dem die KommunistInnen militärisch ernst genommen werden mussten, trat dieses Versagen offen zu Tage. Es gab nirgends Ansätze, der ländlichen Bevölkerung Lebensperspektiven aufzuzeigen, die ihr Leiden und ihre Qual hätten beenden können. Deshalb gab es im Großraum China keine Unterstützung der Nationalisten durch die regionale Bevöl-

kerung mehr, die nicht durch Zwang herbeigeführt worden wäre. Für die KommunistInnen wiederum blieb entscheidend, ob und wie sie in die chinesischen Städte zurückkehren konnten. Mit Gewalt alleine sind die Strukturen Chiangs, die er dort errichtet hatte, nicht zu ersetzen, die Akzeptanz der Bevölkerung muss jenseits davon erreicht werden. Eine große Aufgabe der Zukunft bahnte sich sehr schnell an. Dass die VR China von dem Stadt-/Landgegensatz schwer herausgefordert war und ist, haben wir in einer früheren Folge dargestellt (*Arbeiterstimme* Nr.209 vom Herbst 2020, S.19ff.).

Das Ende des Bürgerkrieges scheint aus heutiger Sicht rasch und konsequent herbeigeführt worden zu sein. Als zentral wird dabei die Schlacht von Huaihai Ende 1948, Beginn 1949 betrachtet. Damit gewannen die KommunistInnen endgültig die Initiative, drängten die Nationalisten über den Jangtse nach Süden zurück. Beijing wurde eingenommen. Vor allem war offenkundig geworden, dass die nationalistischen Truppen im Zerfall lagen, Zehntausende liefen zu den KommunistInnen über, Hunderttausende ließen sich gefangen nehmen, das Vertrauen in ihre Militärführer war endgültig erschöpft. Der Feind wurde in der Folge innerhalb weniger Monate aufgerollt, die Ressourcen der Guomindang übernommen und die Reste des Widerstandes im

Südwesten Chinas und auf der Insel Hainan gebrochen.

Nach der Niederlage von Huaihai war Chiang von seinem eigenen Stab als Präsident der Republik China abgesetzt worden. Und so widmete er sich in den folgenden Monaten seiner Flucht auf die Insel Taiwan, die er schließlich mit zwei bis drei Millionen Gefolgsleuten, großem logistischen Aufwand und den Staatsschatz im Gepäck antrat. Bis an sein Lebensende 1975 war er von der Rückkehr auf das Festland als Präsident überzeugt, er hielt immer an der militärischen Option fest. Schon 1947 sorgt er dafür, dass Taiwan als möglicher Rückzugsort der Guomindang vorbereitet wird. Als sich die einheimische Bevölkerung gegen den Herrschaftsanspruch der Nationalisten zur Wehr setzt, werden Zehntausende, zum großen Teil unter der japanischen Besatzung groß gewordene Angehörige der Elite, ermordet, um jeden Widerstand zu ersticken³.

Zur Morgengabe bei seiner Ankunft auf der Insel gehörte unter anderem die kaiserliche Kunstsammlung, die in der Verbotenen Stadt lagerte und bis heute die größte und bei weitem bedeutendste Sammlung chinesischer Kunstwerke darstellt. Selbst der Ausdruck chinesischer Identität in der Kunst sollte den KommunistInnen abgesprochen werden.

Mao Zedong proklamierte am 01. Oktober 1949 vor dem Kaiserpalast in Beijing, der neuen Hauptstadt, die Gründung der Volksrepublik China. Eine neue Ära beginnt.

3– Jens Damm: Das „andere China“? Was wir über Taiwan wissen sollten. in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 7-8/2021, S.40 – 45, hier S. 42

18. Juli 2021

Zum Abschied von Esther



Esther Bejarano, März 2019 in München

„...siehe, wir haben herausgefunden, dass diese Erde groß genug ist; dass sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen; dass diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will;

und dass wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.“

(Heinrich Heine, aus: *Die romantische Schule*, 1833/1836)

Liebe Edna, lieber Joram, liebe Familie, liebe Freundinnen und Freunde vom Auschwitz-Komitee und von der VVN-BdA, liebe mit uns Abschiednehmende –

mit den zitierten Worten von Heinrich Heine eröffnete Esther vor wenigen Wochen, am 3. Mai, ihr Erinnern an das Ende des 2. Weltkriegs, an ihre Befreiung nach den Leidensjahren in Auschwitz und Ravensbrück, zugleich an unser aller Befreiung von der faschistischen Herrschaft in Deutschland zwischen 1933 bis 1945, den dunkelsten Jahren nicht nur deutscher, sondern bisheriger Menschheitsgeschichte.

Abschied von Esther, Eurer Mutter, Groß- und Urgroßmutter, liebe-

volle, aus Leid geborene Stimme für Euch, für uns alle. Von Wort zu Wort ihr Ja zum Leben: aufgeschlossen trotz allem und für alles – suchend und fragend, wachsam besorgt, prüfend und zweifelnd. Zornig über zunehmendes Unrecht, Verschweigen, Verfälschen und Lügen, über die nicht gezogenen Konsequenzen aus so viel Geschichte. Warnend, dass die Todesgleise von Auschwitz nicht enden, wenn wir untätig bleiben.

Auch wenn sie nicht sprach, nicht sprechen wollte oder nicht sprechen konnte, im Grenzbereich des Nichtsagbaren, Unaussprechlichen – wie vor acht Jahren auf dem jüdischen Friedhof in der Großen Hamburger Straße Berlins, der für sie und mehr als 55 000 jüdische Mitbürger zum Sammelplatz wurde vor dem Abmarsch zum Anhalter Bahnhof und weiter, eingepfercht auf Güterwagen nach Auschwitz. Es brauchte lange, bis sie Christa Spannbauer auf Fragen für deren und Thomas Gonschior's Film „Mut zum Leben“ wieder antworten konnte. Zuvor immer wieder ein Blick auf die angrenzende Schule, in der noch das Klavier ihres ermordeten Onkels steht – der Zugang zu dem vertrauten Instrument war ihr nicht ermöglicht worden.

Esthers Augen, der offene Blick ihrer liebevoll wachsamsten Augen – Perspektive, leidvoll gewonnen, widerständig und in Zuversicht weitergegeben, wie mit ihren Liedern, ihrer wunderbaren Stimme: *„Mir lebn ejbig – Wir leben trotzdem“*.

Es war Esthers Wunsch, dass ich zum Abschied von ihr spreche – einem Abschied, der wie bei allen Menschen, die wir lieben, nicht enden wird. *„Liebe – Tod des Todes“* (Claus Bremer). Abschied nach mehr als dreißig Jahren einer Freundschaft, die zur Wahlverwandtschaft wurde. Aus Esthers Brief vom 18. April 2015: *„... ich wollte immer einen beschützenden Bruder haben, und so habe ich mir Dich ausgesucht. Wie viele gemeinsame Kämpfe gab es, wie viele gemeinsame Veranstaltungen. Gemeinsam streiten, gemeinsam wirken für Gerechtigkeit, gegen jedwede Ausgrenzung von Menschen, gegen die schlimme Asylpolitik in Deutschland und Europa, gegen Ausländerhass, für Völkerfreiheit, für Völkerverständigung.“*

Im Herbst 1989 lernten meine Familie und ich Esther in Ramelsloh/Seevetal kennen, bei Günther Schwarberg, der in jahrelanger Arbeit den Spuren der ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm nachgegangen war und mit seiner Frau Barbara Hüsing die heutige Gedenkstätte durchgesetzt und betreut hatte. Esther, singend und sich auf ihrem Akkordeon begleitend: *„Sag nie, du gehst den letzten Weg“*.

Von Esther an mich wie uns alle gerichtet, ihr wie testamentarisch Verfügtes: *„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächsten! Bleibt mutig. Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf euch! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“*

Geschwisterlichkeit im weitesten Sinn – Mitmenschlichkeit leben und einfordern, gegen die Überzahl der Widersacher, ohne Rücksicht auf sich. *„Weiche nicht“*, Jesaja, 4.10, ob in Babylonischer Gefangenschaft, wie vor 2500 Jahren, oder vor heute drohenden Gefahren faschistischer Anläufe, weiterer Kriege und damit verbunde-

nem Schrecken, Elend, Verzweiflung und Tod. Nicht zurückweichen – Esther hat es vorgelebt, unnachgiebig, trotz Wasserwerfern, Stiefelritten und Denunziation.

„Sagen was ist“ – Auftritte, um Nachkommende aufzuklären über angeblich Vergangenes und zum Handeln zu ermutigen. Auftritte über Auftritte, um darauf hinzuweisen, dass sich bei zunehmendem gesellschaftlichem Druck erneut Unsagbares ereignen kann, auch ohne dass Rauch aus Verbrennungsöfen aufsteigt.

„Sagen was ist“, im Sinn von Rosa Luxemburg als „revolutionärste Tat“, forderte Esther auch ein, wenn es, ganz gleich aus welchem Anlass, um ihre Person ging. „Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen“ – das galt für sie auch, als in einer ersten Ausgabe einer Biografie über sie ihre auf Band gesprochenen Berichte verfälscht worden waren: tief verletzt erarbeitete sie mit Antonella Romeo in monatelanger Arbeit eine neue Fassung ihrer „Erinnerungen“, erschienen 2013 im Laika-Verlag.

„Sagen was ist“ – in diesem Sinn auch mein Versuch mich in dieser Stunde dem anzunähern, wer Esther und was Esther für uns war. So wenig wir sie auf ihr politisches Anliegen reduzieren wollen, so wenig halten wir es für angebracht, ihr umfassendes Engagement für alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens zu verleugnen.

Am 11. April 1988 war Esther zusammen mit Hanne Hiob, der Tochter von Bertolt Brecht, im KZ unter der Hochstraße innerhalb des Stahlwerks Salzgitter aufgetreten – Gewerkschaftskollegen hatten mir spontan danach geschrieben, auch über das, was Esther ihnen über sich und die Geschichte ihrer Familie erzählt hatte.

Der Besuch des KZs im Stahlwerk sei für sie ein Anlass gewesen, öffentlich zu hinterfragen, wie es 1933 zur kampflosen Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland kommen konnte, die dem Faschismus die Machtübernahme ermöglichte – Anlass zugleich für sie, ins Heute zu fragen, wie wir angesichts der europaweit fortschreitenden Rechtsentwicklung die Widersprüche untereinander, die Konfusion und Differenzen zwischen und innerhalb gesellschaftskritischer Gruppierungen und Parteien überwinden. Anlass nicht zuletzt, wieder und wieder zu fordern, Geschichte differenziert zu betrachten, aus Fehlern und Fehleinschätzungen zu lernen, um eine erneute Barbarei wie in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern – in welcher Form und gegen wen auch immer gerichtet – auszuschließen.

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – aus einem Brief von Esther vom 8. November 2003 zum zweiten Bettlermarsch in Hamburg: „Diese Menschen sind obdachlos geworden, weil sie im Kapitalismus dem Konkurrenzkampf nicht standhalten konnten,

weil sie arbeitslos wurden und dann mangels Geld ihre Wohnung gekündigt bekommen und so immer tiefer in den Abgrund gesunken sind. Es ist das System, das unmenschlich, ja menschenverachtend ist. Der Trend geht nach rechts. Wenn dieser Rechtsruck nicht verhindert wird, kann wieder Faschismus mit all seinen schrecklichen Folgen entstehen.“

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – Esthers Forderung gegen die unmenschlichen Rückführungsaktionen der Roma nach Serbien und ins Kosovo aufzutreten: „Sie sind wie wir in Auschwitz und anderen Lagern als ‚unwertes Leben‘ vernichtet worden. Und heute abschieben?“

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – zur Flüchtlingsfrage, als der Hamburger Senat die Aufnahme der Lampedusa-Flüchtlingsgruppe verweigerte: „Wir können doch nicht heute noch immer Menschen wie Tiere behandeln.“ Und zur Begründung der Ablehnung dieser, gemessen an heutigen Flüchtlingszahlen kleinen Gruppe durch die Hansestadt: „Der Senat muss nur wollen.“ Dazu am 21. Mai 2020, anlässlich der beginnenden Corona-Krise, in einem offenen Brief: „Hier, im wohlhabenden, geordneten Stadtstaat Hamburg, werden Probleme drastisch deutlich: es fehlt an sicheren Schlafplätzen für Bedürftige, an ärztlicher Versorgung für Geflüchtete ohne Obdach. Wir fordern: Medizinische Versorgung für alle – für jeden Menschen, ob mit oder ohne Papiere, ohne Ansehen der Person oder des



Esther Bejarano mit ihrem Sohn Joram (links) und Kutlu von Microphone Mafia, März 2019 in München

Versichertenstatus. Leerstehende Hotels öffnen! In den Lagern für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen herrschen unmenschliche Zustände. Gerade für die Schwächsten dort und für die Kinder muss dringend gesorgt werden – sofort!“

Esther, am 19. November 2017, erinnernd an die Pogrome von 1992, in einem Brief an die Familien Arslan und Yilmaz in Mölln: *„Nazismus und Rassismus wurden in diesem Land auch nach 1945 weder politisch noch gesellschaftlich so konsequent bekämpft, wie er hätte bekämpft werden müssen und können. Er konnte sich auch weiterhin in staatlichen Strukturen festhalten, vor allem im Verfassungsschutz und der Justiz, und ja, sogar noch mehr, er konnte sich wieder ausbreiten.“*

Um es klar auszusprechen, ohne das Wegschauen und das Decken nach 1945 hätte es das Oktoberfestattentat, Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und Mölln und den NSU so nicht geben können. Es hätten aus den Erfahrungen und Ereignissen des Nationalsozialismus die richtigen Konsequenzen gegen den Hass gezogen werden müssen. Es gab jedoch eine Toleranz gegen Täterinnen und Täter, und Nazis wurden und werden in diesem Land direkt und indirekt, durch politische Kampagnen und das Schweigen und Wegschauen ermutigt, weiter Hass und Leid zu verbreiten. Das ist der rote Faden von damals zu heute.“

„Der rote Faden“ – vergebliches Hoffen, dass er in absehbarer Zeit abreißt – dazu Esther in ihrer vorletzten Rede am 3. Mai dieses Jahres auf dem Gänsemarkt, die sie mit dem Heine-Zitat eingeleitet hatte: *„Heute vor 76 Jahren bin ich in dem kleinen mecklenburgischen Städtchen Lübz befreit worden, befreit von den amerikanischen und den sowjetischen Truppen.“*

Ihr kennt meine Geschichte: Auf dem Marktplatz haben die Soldaten ein Hitlerbild verbrannt, alle haben gefeiert, lagen sich in den Armen – und ich habe dazu Akkordeon gespielt. Mein größter Wunsch für den heutigen Tag war, noch einmal zu erleben, wie Amerikaner und Russen sich wie damals in Lübz umarmen und küssen und gemeinsam das Ende des Krieges feiern! Den FRIEDEN feiern! Jetzt muss ich bis zum nächsten Jahr darauf warten.“

Sätze, die zur Hinterlassenschaft geworden sind wie so vieles, was sie uns vorgelebt hat, unausgesproche-

ner Auftrag, uns jeglichen Kriegsvorbereitungen, jedem Ansatz faschistischer Entwicklung zu widersetzen, „nie mehr zu schweigen, wenn Unrecht geschieht.“

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – diese Aufforderung bezog Esther auch auf die Unterdrückung, Vertreibung und Ausgrenzung der Palästinenser. Seit dem Tod ihres Schwagers Hans Lebrecht hatte sie kaum noch verlässliche Nachrichten über die politische Entwicklung in Israel und Palästina erhalten. Umso mehr freute sie sich, als sie vor fünf Jahren Moshe Zuckermann auch persönlich kennenlernte. Anlass waren gemeinsame Veranstaltungen in Berlin und Hamburg: *„Losgelöst von allen Wurzeln ...‘ Eine Wanderung zwischen den jüdischen Welten“*, auf denen sie sich über ihre Geschichte und die ihrer Familien austauschten und übereinstimmend Stellung nahmen zu Ideologie und Wirklichkeit im Israel-Palästina-Konflikt. Aus dem Begleittext der DVD, auf der ihre Gespräche dokumentiert sind: *„Esther Bejarano und Moshe Zuckermann, Sohn von Auschwitz Überlebenden, Historiker und Kunsttheoretiker aus Tel Aviv, vertreten zwei Generationen jüdischer Linker, reflektierten ihre Erfahrungen mit der Welt der jüdischen Diaspora und dem modernen jüdischen Staat, der seit nunmehr 50 Jahren ein brutales Besatzungsregime unterhält. Sie sprachen über ihre Sicht auf das Land der Mörder von Millionen Juden, wo Neofaschisten bis heute weitgehend ungehindert agieren können – und in dem eine mehr als fragwürdige ‚Israel-Solidarität‘ praktiziert wird, die sich immer aggressiver gegen kritische Juden richtet.“*

Im Folgejahr, am 10. Juni 2017, sahen Esther und ich uns zu folgendem Brief an Moshe und die Teilnehmenden der Konferenz *„50 Jahre israelische Besatzung“*, die von Jutta Dittfurth Antideutschen diffamiert und mit dem Transparent *„Palästina‘ Halt’s Maul!“* demonstriert wurde, veranlasst (Palästina auf dem Transparent in Anführungszeichen!):

„Lieber Moshe, ‚Zur Zeit der Verleumder‘ überschrieb Erich Fried vor einem halben Jahrhundert ein Gedicht – nicht ahnend, dass zu den Verleumdern heute Leute gehören könnten, die nicht in der Lage zu sein scheinen, zwischen der Kritik an der israelischen Regierung und der Verteidigung von menschli-

chen Rechten auf Leben zu unterscheiden, sich darüber hinaus anmaßen, als Deutsche darüber zu entscheiden, wer als Jude zu akzeptieren ist. Dich, lieber Moshe, zitierend: ‚Wer meint, den Antisemitismus bekämpfen zu sollen, vermeide es vor allem, Israel, Judentum und Zionismus, mithin Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wahllos in seinen deutschen Eintopf zu werfen, um es, je nach Lage, opportunistisch zu verkochen und demagogisch einzusetzen.‘ Dir, den mit Dir Referierenden und mit Euch Diskutierenden solidarische Grüße!“

Moshe Zuckermann hat mich gestern gebeten, Euch seinen Abschiedsgruß weiterzureichen: *„Ich habe Esther geliebt. War zutiefst berührt von ihrer unerschütterlichen Lebensbejahung, bewunderte die große Leidenschaft ihrer schöpferischen Energie. Aber sie war mir auch Symbol – die Verkörperung der Möglichkeit, persönliches Lebensleid in freiheitliche Hingabe zu übersetzen, tiefe Humanität in politische Praxis umzusetzen.“*

„Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen“ –

Esther war Kommunistin wie Nissim, ihr Mann, neben den wir ihre sterbliche Hülle gleich betten werden, beide Kommunisten nicht als Parteigänger, sondern im Sinn von Heinrich Heine: *„Sie ist schon seit langem gerichtet, verurteilt, diese alte Gesellschaft. Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen! Möge sie zerbrochen werden, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde!“*

Viel bleibt nachzutragen, wir werden uns im Hinblick auf die vor uns liegenden Aufgaben darüber austauschen.

Trauer über den Tod meiner großen Schwester – zugleich tief empfundene Dankbarkeit für alles, was sie mir und uns war und bleibt. *„Presente“* – wie es auf Cuba heißt, wo sie 2017 auf ihrer letzten großen Reise Solidaritätskonzerte gegen den seit 60 Jahren dauernden Boykott des Landes durch die USA gab: *„Presente“* – Esther, Du bist und bleibst anwesend, bleibst bei uns.

In Liebe – Dein kleiner Bruder
Rolf Becker

Es gibt keine menschlichen Rassen, aber wissenschaftlich verbrämten Rassismus

Rezension



Ein Freund erklärte mir jüngst angesichts des auf dem Tisch liegenden neuen Buches von Michael Kubi: „*Eva kam aus Afrika ... und Adam auch*“ mit dem Untertitel: „*Der Mythos vom wissenschaftlichen Rassismus*“ aus dem PapyRossa Verlag, er wisse, dass es keine menschlichen Rassen gibt und er sei schon immer Antirassist, dafür brauche er kein Buch. Lassen wir den Autor, wie im Schluss seines Buches, antworten: „Diejenigen, die sich der rassistischen Propaganda widersetzen, sollten sich mit wissenschaftlichen Argumenten auseinandersetzen, insbesondere der Evolution, der Genetik und Intelligenzforschung – gerade auch, weil Rassisten zunehmend versuchen «wissenschaftlich» zu argumentieren.“ Aus diesem 300 Seiten starken Buch ist viel mehr zu erfahren, nämlich neben den wesentlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Evolution des Menschen und des Rassismus, sowie die für die Paläontologie immer wichtiger werdende Genforschung und Genetik und deren Rolle bei der Menschwerdung, Blutgruppen, die Rolle von Enzymen, Laktose-

Verträglichkeit, Intelligenz und Intelligenzmessungen.

Der Biologe Michael Kubi hat sein Buch sicher mit Absicht so betitelt, der Titel ähnelt dem des Bestsellers von Robert Audrey aus den frühen siebziger Jahren „Adam kam aus Afrika“, das eine zentrale These des angeblich wissenschaftlich begründeten Rassismus widerlegte, aber gleichzeitig die „natürliche Aggressivität“ des Menschen und seiner Vorfahren behauptete, die auch von Stanley Kubrick im Film „2001 - Odyssee im Weltraum“ aufgegriffen wurde. Kubi schreibt: „(...) dieser Vorstellung (von der natürlichen Aggressivität des Menschen wurde, d.V.) zumindest paläontologisch der Todesstoß versetzt“, und er verweist auf die unbewiesene Aggressivität des Menschen als Merkmal, Werkzeuggebrauch und die Rolle der Arbeit bei der Evolution des Menschen. Die Wirksam- und Aufmerksamkeit wie für Audreys Buch ist ihm zu wünschen. Auch weil das Buch und seine zahlreichen wissenschaftlichen Erkenntnisse in einer allgemein verständlichen Sprache ge- und beschrieben sind.

Zum Schluss sei zusammenfassend Michael Kubi zitiert: „Wir haben nun alle erdenklichen Argumente für oder gegen die Einteilung von Menschen in Rassen untersucht. Das Ergebnis: Keines der Merkmale korreliert mit der Einteilung der Menschen in (...) Rassen. Der «Scientific Racism» ist und bleibt – zusammen mit Impfgegnern, Homöopathen, Kreationisten, Präastronautikern und Klimaleugnern eine Pseudowissenschaft. (...) Rassismus ist (...) die ideologische Rechtfertigung globaler Ungleichheiten, die dieses System hervorruft. (...) Dieses Buch widmet sich der naturwissenschaftlichen Fragestellung (bzw. ihres gesellschaftlichen Missbrauchs) zum Thema Rasse und konnte daher die sozialen, politischen und ökonomischen Fragen gar nicht abdecken. (...) Dieses Buch

konnte zumindest zeigen, dass alle «naturwissenschaftlichen Argumente» der Rassisten, die Menschenrassen als biologische Realität wollen, faul sind. Sie sind nicht nur faul, sie sind sogar falsch und verlogen.“

Dem Buch ist eine große Leser*innenschaft zu wünschen.

Michael Kubi

Eva kam aus Afrika ... und Adam auch
Der Mythos vom »wissenschaftlichen
Rassismus«

Paperback, 326 Seiten
ISBN 978-3-89438-757-0

August Thalheimer

**Über die Kunst der Revolution
und die Revolution der Kunst**



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeigen

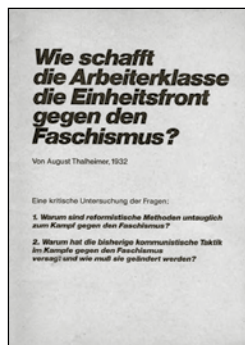
August Thalheimer:

**Einführung in den
dialektischen Materialismus**

Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €

August Thalheimer:

**Wie schafft die Arbeiterklasse
die Einheitsfront gegen den
Faschismus?**

Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 €, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) • Ab 1.1.2022: 39 € (49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de
www.metropol-verlag.de

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Schwerpunkt 3/2021: Repression in den USA

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

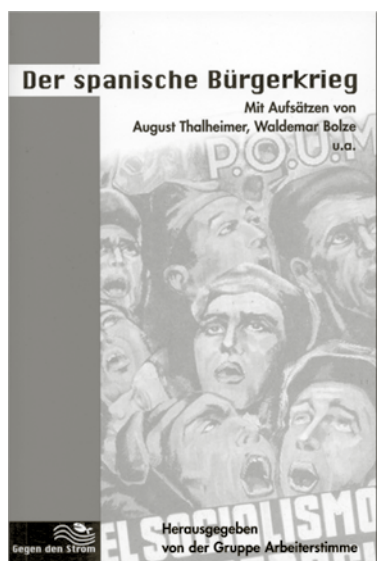
DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Erhältlich auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer), (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-
Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer
Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org